

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	LI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	LII

1. Teil. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts

1. Kapitel. Allgemeine Fragen

§ 1. Inhalt, Zweck und Rechtsnatur des Persönlichkeitsrechts

A. Inhalt und Zweck	1
I. Allgemeines	2
1. Historischer Hintergrund	2
2. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als sonstiges Recht	3
II. Schutzzweck	4
III. Schutz der Privatsphäre	4
1. Sphärentheorie	5
2. Der Vorrang des öffentlichen Informationsinteresses	7
3. Die Verzichtstheorie	8
4. Abgestuftes Schutzkonzept	9
IV. Überblick über weitere Fallgruppen	10
V. Übergreifendes dogmatisches Fundament	11
VI. Das Recht auf mediale Selbstbestimmung	12
1. Das Persönlichkeitsrecht als Ausgangspunkt	12
2. Das Recht am eigenen Bilde als Regelungsmodell	13
3. Einschränkungen durch die Meinungsfreiheit	13
4. Einschränkungen durch die Kunstfreiheit	14
VII. Kommerzielle Verwertung von Persönlichkeitsmerkmalen in der Werbung	15
B. Rechtsnatur	16
I. Mutter- oder Quellrecht	16
II. Subjektives Recht	17
III. Vermögensrecht	19
1. Begriffsklärung	19
2. Abgrenzung gegenüber den Immaterialgüterrechten	20
3. Schlussfolgerungen	21

§ 2. Geschichte des Persönlichkeitsrechts

A. Einleitung	25
B. Die Entwicklung bis zum Inkrafttreten des BGB	27
I. Injurienklage und Ehrenschatz	27
II. Der persönlichkeitsrechtliche Ansatz von Donellus	29
III. Die Naturrechtslehre im 17. und 18. Jahrhundert	30
IV. Der Einfluss des Urheberrechts	31
V. Otto von Gierke als „Vollender“ des (allgemeinen) Persönlichkeitsrechts	32
C. Die Entwicklung des Persönlichkeitsrechts nach dem Inkrafttreten des BGB	33
I. Die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg	33
II. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg	34
1. Die „Leserbrief“-Entscheidung	34
2. Die „Herrenreiter“-Entscheidung	35
3. Die „Mephisto“-Entscheidung	36

III. Der Schutz vor Kommerzialisierung und der Schutz der Kommerzialisierung	36
1. Der „moralisierende“ Ansatz	37
a) Die „Graf Zeppelin“-Entscheidung	37
b) Ausländische Rechtsprechung	37
c) Die „Tull Harder“-Entscheidung	38
2. Der „kommerzielle Ansatz“	38
a) Die „Paul Dahlke“-Entscheidung	39
b) Die „Herrenreiter“-Doktrin	39
c) Unübertragbarkeit	40
d) Vererblichkeit der vermögenswerten Bestandteile des Persönlichkeitsrechts	43

**2. Kapitel. Das Persönlichkeitsrecht im Rahmen
der Rechtsordnung**

**§ 3. Das Verhältnis zwischen verfassungsrechtlichem
und zivilrechtlichem Persönlichkeitsschutz**

A. Zum Streit über die Wirkung der Grundrechte im Zivilrecht	46
I. Unmittelbare Drittwirkung	46
II. Mittelbare Drittwirkung	47
III. Schutzgebotsfunktion der Grundrechte	47
B. Die Rechtsprechung des BGH	48
C. Eigene Stellungnahme	48

**§ 4. Das Verhältnis zum Urheberrecht, Gewerblichen Rechtsschutz
und Wettbewerbsrecht**

A. Urheberrecht	50
I. Historische Zusammenhänge	50
II. Aktuelle Bezüge	51
B. Gewerblicher Rechtsschutz	52
I. Allgemeines	52
II. Patent- und Gebrauchsmusterrecht	53
1. Erfinderpersönlichkeitsrecht	53
2. Anspruch auf Erfinderbenennung	54
III. Geschmacksmusterrecht	55
IV. Markenrecht	55
C. Wettbewerbsrecht	56

§ 5. Persönlichkeitsrecht und Pressekodex

A. Persönlichkeitsschutz durch Medienselbstkontrolle	59
I. Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht in der journalistischen Praxis	59
II. Formen der Medienselbstkontrolle	60
III. Freiwillige Selbstkontrolle der Presse im Verfassungsgefüge	60
1. Das publizistische „Standesrecht“	61
2. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	61
3. Regelungen des Landespresse- und Landesmediengesetze	62
IV. Deutscher Presserat und Pressekodex	63
1. Geschichte des Presserats	63
2. Struktur des Presserats	64
3. Aufgaben des Presserats	64
4. Zuständigkeit bei Beschwerden	64
5. Pressekodex als Beleg für die Verantwortung der Presse	65
B. Der Pressekodex	66
I. Entstehung und Entwicklung des Pressekodex	66
1. Kasuistik der ersten Jahre	66
2. Pressekodex von 1973	66
3. Entwicklung des Pressekodex bis 2007	67
4. Urheberschaft am Pressekodex	68

II. Rechtsnatur des Pressekodex	69
1. Zur gesetzlichen Grundlage	69
2. Standesrecht	70
III. Konkretisierung der Berufsethik	71
1. Regelungen des Pressekodex im Überblick	71
2. Regelungsmethodik des Pressekodex	71
3. Verhältnis zwischen Pressekodex und APR	72
4. Pressekodex als Prüfungsmaßstab bei Beschwerden	72
IV. Bindungswirkung des Pressekodex	73
1. Grundlagen der Bindungswirkung	73
a) Statuten des Presserats und seiner Trägerverbände	73
b) Selbstverpflichtung und Rechtsqualität der Erklärung	74
2. Bindungswirkung der Selbstverpflichtung	75
3. Pressekodex für journalistische Online-Inhalte	75
4. Pressekodex im Rundfunkbereich	76
V. Bedeutung des Pressekodex in der Rechtsprechung	77
1. Uneingeschränkte Heranziehung durch Gerichte	77
2. Berücksichtigung des Pressekodex als Auslegungshilfe	77
C. Publizistische Grundsätze mit Bezug zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht	78
I. Direkter Schutz der Persönlichkeit durch Ziffer 8 Pressekodex	79
1. Systematik von Ziffer 8	79
a) Namensnennung und Bilddarstellung	79
b) Personeller Bezug in Richtlinie 8.1	79
c) Güterabwägung	80
2. Einzelne Fallgestaltungen	80
a) Resozialisierung in der Berichterstattung	80
b) Berichterstattung über Krankheiten	81
c) Berichterstattung zu Fällen von Selbsttötung	81
d) Veröffentlichung von Jubiläumsdaten	81
e) Sonstige Fälle persönlichkeitsrelevanter Berichterstattung	81
II. Schutz der Persönlichkeit durch Unschuldsvermutungen nach Ziffer 13 Pressekodex	82
1. Vorverurteilungsverbot	82
2. Gestaltung der Folgeberichterstattung	82
3. Straftaten von Jugendlichen	82
III. Schutz der Ehre nach Ziffer 9 Pressekodex	82
IV. Indirekter Schutz der Persönlichkeit durch andere Kodexregelungen	83
1. Wahrheitsgebot, Recherche- und Sorgfaltspflichten	83
2. Verbot unlauterer Recherche	83
3. Richtigstellung	84
4. Ziffern 10 bis 12 Pressekodex	84
V. Pressekodex und informationelle Selbstbestimmung	84
1. Mediendatenschutzrechtlicher Ansatz	84
2. Aufbau und Arbeitsweise der FSK-Redaktionsdatenschutz	85
D. Spruchpraxis des Presserats zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht	85
I. Schutz der Anonymität und Privatheit	86
1. Namensnennung und Abbildung	86
2. Einwilligung des Betroffenen	86
3. Minderjährige	87
4. Krankheit und Tod	87
5. Sexualität	88
6. Unfall und Schicksal	89
7. Selbsttötung	89
8. Datenschutz	90
9. Prominente	91
II. Schutz der verfahrensbefangenen Personen	91
1. Verdachtsberichterstattung	91
2. Angeklagte und verurteilte Straftäter	92
3. Jugendliche Straftäter	93

4. Kriminalitätsoffer	93
5. Angehörige verfahrensbefangener Personen	94
6. Resozialisierung	94
III. Schutz der Ehre	95
1. Schmähkritik und Menschenwürde	95
2. Abwertende Urteile	95
3. Öffentlicher Pranger	96
4. Satire	97
IV. Schutz der persönlichen Identität, wahrhaftige Berichterstattung über Personen	98
1. Tatsachenbehauptung und Wahrheit	98
2. Einseitige Kritik	99
3. Richtigstellung	99
4. Unlautere Recherchemethoden	99
5. Zweitveröffentlichung	100

2. Teil. Verfassungsrechtlicher Persönlichkeitsschutz

3. Kapitel. Einführung

§ 6. Verfassungsgeschichtliche und verfassungsdogmatische Grundlagen

A. „Konstitutionalisierung“ des Persönlichkeitsschutzes	102
I. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Produkt richterlicher Rechtsfortbildung	102
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als eigenständiges Grundrecht	104
III. Kein klassisches Grundrecht	105
B. Persönlichkeitsschutz – systematisch und historisch	106
I. Das Persönlichkeitsrecht – Recht des Menschen oder Kommunikationsgrundrecht?	106
II. Persönlichkeitsschutz und bürgerliche Ehrenordnung	109
III. Das aristokratische Erbe der bürgerlichen Ehrenordnung	110
IV. Zusammenfassung	111
C. Persönlichkeitsschutz in der postmodernen (Medien-)Gesellschaft	112
I. Fragmentierung der Öffentlichkeit	112
II. Fragmentierung des Selbst	113
III. Anpassung des verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutzes an die neuartigen Bedingungen der Aufmerksamkeitsökonomie	114
IV. Exemplarisch: Bismarck und Caroline v. Monaco	116

4. Kapitel. Die verfassungsrechtlichen Dimensionen des Persönlichkeitsrechts

§ 7. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Grundrecht

A. Das Verhältnis von Art. 2 Abs. 1 und Art. 1 Abs. 1 GG	123
I. Der Wandel des Art. 2 Abs. 1 zur Garantie der allgemeinen Handlungsfreiheit	123
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Sonderfall der Handlungsfreiheit?	124
1. Die Eigenständigkeit des Persönlichkeitsschutzes durch Art. 2 Abs. 1	124
2. Die Bedeutung von Art. 1 Abs. 1	124
III. Verhältnis zu sonstigen Grundrechten	125
B. Struktur des allgemeinen Persönlichkeitsrechts – als Abwehrrecht.	126
I. Persönlichkeitsrecht und Kommunikation in der postmodernen Gesellschaft	126
II. Das Persönlichkeitsrecht zwischen individueller Willkürfreiheit und gesellschaftlicher Typisierung – das Ende der kollektiven „Ehrenordnung“	126
1. Welches ist die „Sachgesetzlichkeit“ des Persönlichkeitsschutzes?	126
2. „Identität“ als Bezugsrahmen des Persönlichkeitsrechts?	127
III. Die Gegenprobe zur Bestimmung des Schutzbereichs – die Konturen des Eingriffsbegriffs	127

1. Ist jeder Informationsgebrauch ein Eingriff in Rechte Dritter?	127
2. Die Suche nach Identitätsmustern der Persönlichkeitsbildung und die „Unruhe“ des Individuums als gesellschaftliche „Ressource“	128
IV. „Gemeinschaftsgebundenheit“ als Formel für die Bestimmung der Grenzen des „Selbst“ der Person	129
 § 8. Schutz der Persönlichkeit gegen den Staat	
A. Persönlichkeit und Geheimnisschutz	131
I. Räumliche Ausgrenzung des Privaten	131
1. Intimgespräche, Selbstreflexion des Individuums	131
2. Rechtliche Begrenzung der funktional zulässigen Eingriffe in die Intimsphäre	132
II. Methodisch kontrollierte Beobachtung der persönlichen Identität	133
1. Das Problem der Intransparenz der Methoden und Ziele der Begutachtung	133
2. Der Schutz des Intimraums und des Körpers vor intransparenten Formen der Beobachtung	133
III. Patientendaten, Mitteilung privater Informationen durch Angehörige etc.	134
IV. Untersuchung von Persönlichkeitsmerkmalen in öffentlichen Verfahren, insbesondere Strafverfahren	134
1. Herkömmliches Verfahren	134
2. Einsatz von Lügendetektoren	135
3. Brain Screening	135
B. Selbstentfaltung in öffentlichen Räumen	136
I. Vorbemerkung: Persönlichkeitsverletzung durch Beeinträchtigung der Selbstdarstellung in Kommunikationsprozessen	136
II. Einzelne Konfliktbereiche	137
1. Recht am eigenen Bild	137
a) Begründung eines besonderen Bildnisschutzes	137
b) Vom herkömmlichen Gebrauch der Bilder zur ubiquitär einsetzbaren Digitalisierung	138
2. Recht am eigenen Wort	138
a) Besondere Anforderungen an den Staat	138
b) Insbesondere: Das Abhören von Gesprächen mit technischen Mitteln	139
3. Anerkennung und Respektierung der Sexualität des Individuums	139
III. Beeinträchtigung durch Verfälschen des eigenen Wortes oder falsche, aber nicht ehrenrührige Tatsachenbehauptungen	140
1. Verfälschen und Interpretieren eines Persönlichkeitsbildes	140
2. Besonderheiten des Schutzes gegenüber dem Staat	140
IV. Recht am Namen, Pseudonyme	141
V. Schutz der persönlichen Ehre	141
1. Besonderheiten des Schutzes des Achtungsanspruchs gegenüber dem Staat	141
2. Verfälschung der Persönlichkeit	142
3. Beachtung des Endes legitimer öffentlicher Aufmerksamkeit (Resozialisierung)	142
C. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht in öffentlichen Versicherungen	143
D. Das Recht auf Bestimmung über die Verarbeitung von Daten durch technische Systeme (Datenschutz)	143
I. Bedeutung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	143
II. Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Abwehrrecht?	144
1. Selbstbestimmung über die eigenen „Daten“?	144
2. Kein eigentumsähnliches Recht (Immaterialgüterrecht) an „Daten“	145
3. Differenzierung nach Schutzbedürfnissen und Risikobereichen	145
4. „Informationelle Gewaltenteilung“	145
5. Neue Fahndungsmethoden: Rasterfahndung, Schleierfahndung, Videoüberwachung, „Online-Durchsuchung“	146
a) „Gefahrenvorsorge“	146
b) Neuer prozeduraler und technischer Schutz	147
6. Risikovorsorge mithilfe neuro-wissenschaftlicher Methoden	147
III. Humangenetische Methoden der Erfassung von Persönlichkeitsmerkmalen	148
1. DNA-Untersuchung für Zwecke der Identifizierung	148

2. Gesetzliche Regelung der Bestimmung genetischer Risiken für öffentliche und private Zwecke	148
3. Schutz der Persönlichkeit vor sich selbst: insbesondere Verbot der Selbstveränderung des Genoms?	149
E. Akteneinsichtsrechte, Auskunftsansprüche, Zeugnisverweigerungsrechte	149
I. Informationsrechte als Teil des objektiv-rechtlichen Schutzes der Persönlichkeit	149
II. Zeugnisverweigerungsrechte und informationelle Gewaltenteilung	150
F. Personeller Schutzbereich	150
I. Schutz natürlicher Personen	150
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Menschenrecht	150
2. Kinder und Jugendliche	150
a) Altersgrenze	150
b) Persönlichkeitsrechte als Entwicklungsrechte	151
c) Verfassungsrechtliche Schutzpflichten im Zivilrecht zugunsten des Kindes – Haftungsgrenzen	151
d) Insbesondere: Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung und Recht des Vaters auf Auskunft über das Kind	152
e) Insbesondere: Klärung der Abstammung bei künstlicher Insemination	152
II. Betreuungsverhältnis	153
III. Allgemeines Persönlichkeitsrecht für juristische Personen?	153
IV. Recht auf Sterben, postmortaler Persönlichkeitsschutz	154
1. Organentnahme	154
2. Postmortales Persönlichkeitsrecht	154
3. Postmortales Persönlichkeitsrecht als ökonomisches Recht?	155
G. Staatliche Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts	155
I. Vorbemerkung: Verhältnis von Schutzbereichsbestimmung und Schranken- definition	155
II. Beobachtung „riskanter Netzwerke“ – insbesondere Terrorprävention und der Grundsatz „in dubio pro libertate“	156
III. Ambivalentes Staatshandeln als „Grundrechtsberührung“?	157
1. Das frühere Beispiel der Sexualkunde	157
2. Der Vergleich mit der Dogmatik des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes	158
IV. Das Problem des Eingriffsbegriffs	158
1. Eingriffsdogmatik und neue Handlungsformen	158
2. Eingriffe und eingriffsähnliche Akte	159
3. Bedeutung der unterschiedlichen Folgewirkungen	159
4. Faktische nicht-eingriffsähnliche „Berührungen“ des Persönlichkeitsrechts	160
V. Erweiterung des Persönlichkeitsschutzes um eine „objektiv-rechtliche Dimension“	161
1. Persönlichkeitsrecht als Kommunikationsrecht	161
2. Zur Notwendigkeit der systematischen Beobachtung neuer Gefährdungen für das Individuum	161
H. Schranken des Persönlichkeitsrechts	162
I. Allgemeines zur Schrankenbestimmung	162
1. Entwicklung der Rechtsprechung	162
2. Informationelle Gewaltenteilung als Ordnungsprinzip	163
3. Insbesondere: Schutz durch Verfahren	163
II. Grenzen der Beschränkbarkeit	164
1. Verhältnismäßigkeitsprinzip	164
2. Prozeduralisierung der Schranken	165

§ 9. Schutzpflicht gegenüber privaten Gefährdungen

A. Schutzpflichten für den Privatrechtsgesetzgeber	167
I. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als „Immaterialgüterrecht“	167
II. Neue Medientechnologien und Gefährdung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	167
1. Schutz gegen private Datensammlung und –verarbeitung	167
2. Konflikt zwischen Schutz vor und Ermöglichung von Datennutzung durch Private	168
3. Gefährdungen durch private Medien – insbesondere: Haftung im Internet	168

IV	4. Insbesondere: Beobachtungspflicht des Gesetzgebers im Hinblick auf systematische Gefährdungen der Persönlichkeitsrechte im Internet	169
III	Gesetzliche Regulierung der Gefährdungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch Private in der „offline-Welt“	170
IV	1. Verfassungsrechtliche Gewährleistung des privatrechtlichen Schutzes des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	170
IV	2. Verhältnis von privatrechtlichem und strafrechtlichem Persönlichkeitsschutz	171
IV	Notwendigkeit des Übergangs vom strafrechtlichen zum zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz – insbesondere durch Schaffung von Entschädigungsansprüchen	171
IV	1. Der Aufstieg der „Unterhaltungsöffentlichkeit“ und die Zunahme von Gefährdungen des Persönlichkeitsrechts	171
IV	2. Zulässigkeit der Rechtsfortbildung contra legem – verfassungsrechtliche Gewährleistung von Entschädigungsansprüchen bei Verletzung des Persönlichkeitsrechts	172
B	Insbesondere: Die Drittwirkung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	172
I	Konstruktion der Drittwirkung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als Grundrecht und deren Verhältnis zur zivilrechtlichen Dogmatik des Persönlichkeitsschutzes	172
	1. Die „Mittelbarkeit“ des Grundrechtsschutzes	172
	2. „Mittelbarkeit“ und objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechtsschutzes	173
	3. Konsequenzen für das Verhältnis von Verfassungsrecht und Privatrecht	174
II	Besondere Formen des Persönlichkeitsschutzes	175
	1. Datenschutz und Privatsphäre	175
	2. Das Ausspähen der Privatsphäre durch andere Private (außerhalb des Datenschutzes)	175
	a) Verdeckte Beobachtung öffentlichen Verhaltens	175
	b) Offene belästigende Beobachtungen in der Öffentlichkeit („Stalking“)	176
	c) Ausspähen der Privatsphäre	177
	aa) Eindringen in die Intim- und Privatsphäre	177
	bb) Erschleichen von Vertrauen	177
	cc) Kein verfassungsrechtlich relevanter Vertrauensbruch bei Verrat privater Geheimnisse	177
	dd) Klatsch als Sammlung von „Bruchstücken“ des alltäglichen Lebens	178
	ee) Ausspähen von Unternehmen	178
	ff) Unverlangtes Aufdrängen von Werbung	179
III	Missbrauch des Namens einer Person	179
IV	Insbesondere: das Recht am Bild und am eigenen Wort	179
	1. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Rechts	179
	2. Eingeschränkter Schutz der „Personen der Zeitgeschichte“	180
	3. Das Recht am gesprochenen Wort; Briefe	181
V	Privatsphäre und Arbeitsrecht	182
C	Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch Herabsetzung des Ansehens durch Wort, Bild oder in anderer Weise	182
I	Persönlichkeitsverletzungen (auch) außerhalb der Massenmedien	182
	1. Persönlichkeitsrecht als Quasi-Immaterialgüterrecht	182
	2. Mediale „Grenzüberschreitungen“	183
II	Insbesondere: Allgemeines Persönlichkeitsrecht und Massenmedien	183
	1. Persönlichkeitsrecht als „Quasi-Eigentum“	183
	2. Wer bestimmt das öffentliche Interesse an der Beobachtung einer Person?	184
	3. Prominente als „Vorbild“?	185
	4. Wer hat die Interpretationsherrschaft über die Darstellung einer Person in der Öffentlichkeit?	185
III	Das Persönlichkeitsrecht als Thematisierungsverbot – und seine Grenzen	186
	1. Die Unterscheidung von Verantwortungs- und Risikosphären	186
	2. Engeres Verhältnis der ausgegrenzten Privatsphäre durch das BVerfG	187
	3. Schutz vor der Berichterstattung über die räumliche Sphäre der persönlichen Lebensgestaltung	187
IV	Persönlichkeitsrecht von Kindern gegenüber den Massenmedien	187
V	Thematisierungsgrenzen – Verfälschung des Persönlichkeitsbildes	187
	1. Kein verfassungsrechtlicher Schutz für falsche Berichte	187

2. Beweis- und Vermutungsregel für die Abgrenzung von Meinung und Tatsachenbehauptung	188
a) „Im Zweifel für Meinungsfreiheit“ – Grenze dieses Grundsatzes	188
b) Unterscheidung verschiedener Foren der Öffentlichkeit – insbesondere literarische Öffentlichkeit	189
3. Die Bestimmung des Schadensbegriffs in der Unterhaltungsöffentlichkeit	189
4. Die Grenze der „Schmähekritik“	190
5. Persönlichkeitsverletzung durch „Rating“ von vergleichbaren Leistungen?	190
VI. Persönlichkeitsrecht und Kunstfreiheit	191
1. Insbesondere: „Dokumentarische Kunst“ (Autobiographie) als Tatsachenbehauptung?	191
2. Zur Notwendigkeit der Anerkennung eines Beurteilungsspielraums bei der „Verfremdung“ der benutzten Lebensdaten	192
VII. Postmortales Persönlichkeitsrecht – Ehrenschatz und Wertschutz	193
1. Legitimation des postmortalen Persönlichkeitsrechts	193
2. Postmortales Persönlichkeitsrecht als „Immaterialgüterrecht“	194

3. Teil. Zivilrechtlicher Persönlichkeitsschutz

5. Kapitel. Einführung

§ 10. Ideeller und kommerzieller Persönlichkeitsschutz

A. Einleitung	196
B. Die verschiedenen Ansichten	196
I. Das Festhalten am ideellen Interessenschutz	196
II. Dualistischer Ansatz	197
1. Persönlichkeitsnutzungsrecht	197
2. Wirtschaftliches Persönlichkeitsrecht.	197
3. Persönlichkeitsgüterrechte	197
III. Monistischer Ansatz	198
1. Rechtsprechung	198
2. Literatur.	199
C. Kritik und eigener Lösungsansatz	199
I. Kritik.	199
1. Gegen die Reduktion des Persönlichkeitsrechts auf den Schutz ideeller Interessen . . .	199
2. Wider den Dualismus im Persönlichkeitsrecht	200
II. Eigener Lösungsansatz.	203

**§ 11. Die Unterscheidung zwischen allgemeinem Persönlichkeitsrecht
und besonderen Persönlichkeitsrechten**

A. Theoretischer Hintergrund	204
I. Die Auffassungen in der Literatur	204
II. Die Haltung der Rechtsprechung	205
B. Praktische Folgen	206

6. Kapitel. Die besonderen Persönlichkeitsrechte

§ 12. Das Recht am eigenen Bild

A. Allgemeines – Rechtsnatur	209
B. Der Verbotstatbestand des § 22 KUG	210
I. Der Begriff des Bildnisses	211
II. Anfertigen von Bildnissen	213
1. § 823 Abs. 1 BGB-Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch Herstellung eines Bildnisses	213
2. § 201 a StGB – Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen	214
III. Verbreiten und öffentliches Zurschaustellen von Bildnissen	215

IV. Die Einwilligung des Abgebildeten	216
1. Rechtsnatur der Einwilligung	216
2. Ausdrückliche und stillschweigende Einwilligung	217
3. Umfang der Einwilligung	218
4. Widerrufbarkeit der Einwilligung	218
5. Einwilligung nach dem Tode des Abgebildeten	219
C. Einschränkungen des Bildnisschutzes gem. § 23 KUG	220
I. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG)	220
1. Einführung	220
2. Informationszweck	222
3. Bereich der Zeitgeschichte	225
a) Personen der Zeitgeschichte	225
aa) Absolute Person der Zeitgeschichte	226
bb) Relative Person der Zeitgeschichte	226
b) Legitimes Informationsinteresse/Zeitgeschichtliches Ereignis	231
aa) Die alte Rechtslage nach Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof	231
bb) Die Rechtsprechung des EGMR zum legitimen Informationsinteresse	233
cc) Die Folgen der EGMR-Entscheidung in Deutschland – Die neue Rechtslage	234
dd) Zusammenfassung	238
II. Bilder einer Landschaft oder Örtlichkeit mit Personen als Beiwerk (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG)	239
III. Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen (§ 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG)	240
IV. Bildnisse, die einem höheren Interesse der Kunst dienen (§ 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG)	242
1. Bisherige und tatsächliche Bedeutung des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG	242
2. Der Tatbestand des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG	244
V. Verletzung berechtigter Interessen nach § 23 Abs. 2 KUG	245
D. § 24 KUG – Ausnahme im öffentlichen Interesse	249
E. Rechtsfolgen der Verletzung des Rechts am eigenen Bild	249

§ 13. Das Namensrecht

A. Einleitung	252
B. Der schutzfähige Name	253
C. Verletzungstatbestand der Namensanmaßung	255
I. Namensgebrauch	255
II. Unbefugtheit	258
III. Interessenverletzung	259
D. Verletzungstatbestand der Namensleugnung	260
E. Das Recht der Gleichnamigen	260
F. Die Nichtnennung des Namens / Namensanonymisierung	261
G. Schutz des nicht institutionalisierten Vermögenswertes im Namen	262
H. Postmortaler Schutz des Vermögenswertes im Namen	262

§ 14. Das Markenrecht

A. Markenfähigkeit, Schutzhindernisse und Löschungsverfahren	267
I. Markenfähigkeit und graphische Darstellbarkeit, §§ 3 Abs. 1, 8 Abs. 1 MarkenG	267
II. Fehlende Unterscheidungskraft, § 8 Abs. 2 Nr. 1 MarkenG	268
1. Das Bildnis einer Person	268
2. Der Name einer Person	269
a) Namen lebender Personen	269
b) Verstorbene Personen der Zeitgeschichte	270
c) Namen allgemein bekannter historischer Persönlichkeiten	271
d) Namen bekannter Romanfiguren	272
3. Die Signatur einer Person	273
4. Die Stimme einer Person	273

III. Freihaltebedürfnis, § 8 Abs. 2 Nr. 2 MarkenG	273
1. Das Bildnis einer Person	274
2. Der Name einer Person	274
a) Namen lebender Personen	274
b) Verstorbene Personen der Zeitgeschichte	275
c) Namen historischer Persönlichkeiten	275
d) „Winnetou“-Entscheidungen	275
3. Die Signatur einer Person	276
4. Die Stimme einer Person	276
IV. Gattungsbezeichnungen, § 8 Abs. 2 Nr. 3 MarkenG	276
V. Täuschungsgefahr, § 8 Abs. 2 Nr. 4 MarkenG	276
VI. Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, § 8 Abs. 2 Nr. 5 MarkenG	277
VII. Bösgläubige Markenmeldungen, § 8 Abs. 2 Nr. 10 MarkenG	277
VIII. Das markenrechtliche Lösungsverfahren	278
1. §§ 51, 55 i.V.m. § 13 MarkenG	278
2. § 50 MarkenG i.V.m. § 8 Abs. 2 Nr. 10 MarkenG	278
B. Die Verletzung personenbezogener Marken	279
I. Markenmäßige Nutzung von Personenmarken	279
II. Voraussetzungen der Markenverletzung	280
1. Kennzeichnungskraft von Personenmarken	280
2. Markenähnlichkeit	280
a) Bildmarken	280
b) Personenbezogene Bildmarken	281
c) Schutz von Namensmarken	281
d) Große Bekanntheit des Namens des Rechtsträgers	282
III. Einwendungen und Einreden	282
C. Die Personenmarken im Rechtsverkehr	283
I. Übertragung von Personenmarken	283
II. Lizenzierung von Personenmarken	284

§ 15. Das Urheberpersönlichkeitsrecht

A. Allgemeines	285
I. Monistische Theorie	285
II. Urheberpersönlichkeitsrecht im engeren und weiteren Sinne	286
1. Urheberpersönlichkeitsrecht im engeren Sinne	286
2. Urheberpersönlichkeitsrecht im weiteren Sinne	286
III. Unübertragbarkeit und Unverzichtbarkeit	287
IV. Das Verhältnis zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht	288
B. Urheberpersönlichkeitsrecht im engeren Sinne	290
I. Gesamtzusammenhang zwischen den einzelnen Urheberpersönlichkeitsrechten	290
II. Die einzelnen Urheber- und Persönlichkeitsrechte	290
1. Das Veröffentlichungsrecht	290
a) Recht der Erstveröffentlichung	290
b) Das Recht der ersten Inhaltsmitteilung	291
2. Das Recht auf Anerkennung der Urheberschaft, Urhebernennungsrecht	291
3. Das Recht auf Werkintegrität	292
a) Der Gesamtzusammenhang des Änderungsverbots	292
b) Interessenabwägung	293
c) Werkvernichtung	294

7. Kapitel. Das Recht an sonstigen Persönlichkeitsmerkmalen

§ 16. Das Recht an der eigenen Stimme

A. Einleitung	297
B. Leistungsschutz	298
I. System des urheberrechtlichen Leistungsschutzes	298
II. Gegenstand des urheberrechtlichen Leistungsschutzes	299

III. Schutz der Stimme im System der Leistungsschutzrechte	299
1. Die Verwertungsrechte: Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung	299
2. Der Persönlichkeitsrechtliche Schutz: Entstellungsschutz	300
IV. Ergebnis	301
C. Persönlichkeitsrechtlicher Schutz der Stimme	301
I. Der Schutz von Persönlichkeitsmerkmalen – Einordnung der Stimme	301
II. Bedeutung der Einordnung der Stimme als besonderes Persönlichkeitsrecht	302
III. Ergänztender Schutz nach dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht	303
D. Besonderheit des deliktischen Schutzes an der Stimme – der Leistungsschutz als Schutz der Konkretisierung der Stimme in einer Darbietung	303
E. Fallgruppen des Schutzes der Stimme	304
I. Übernahme einer künstlerischen Darbietung	304
II. Sampling	305
III. Übernahme einer anderen stimmlichen Leistung	305
IV. Verdeckte Imitation der Stimme	305
V. Offene Imitation der Stimme	306

§ 17. Das Recht am Persönlichkeitsbild (Lebensbild)

I. Grundlegung der Begriffe	308
1. Person	308
2. Persönlichkeit	309
3. Persönlichkeitsbild	309
4. Persönlichkeitsbild als Wirtschafts- und Rechtsgut	310
II. Rechtsschutz der Persönlichkeit und des Persönlichkeitsbildes	310
1. Wechselbezüglichkeit von Persönlichkeit und Persönlichkeitsbild	310
2. Verschiedenheit der Schutzgüter	311
a) Gleichzeitiger Rechtsschutz der Persönlichkeit und des Persönlichkeitsbildes	311
b) Besonderer Schutz des Persönlichkeitsbildes	312
c) Postmortaler Schutz des Persönlichkeitsbildes	313
d) Schutzbereiche des Rechts am Persönlichkeitsbild	315
III. Verletzungstatbestände	316
IV. Das Persönlichkeitsbild im Spiegel der Rechtsprechung	316
1. Erfindung nicht bestehender persönlichkeitsprägender Lebensdaten	316
2. Fälschung fremder persönlichkeitsprägender Lebensdaten	317
3. Aufdeckung und Verbreitung fremder persönlichkeitsprägender Lebensdaten	317
4. Unerlaubte Verwertung fremder persönlichkeitsprägender Lebensdaten	317
a) Redaktionelle Indienstnahme eines fremden Lebens- oder Berufsbildes	317
b) Öffentliche Berichterstattung über Straftäter und deren Straftaten	317
c) Verwertung und Vermarktung fremder Lebensläufe in Schrift-, Bühnen- und Filmwerken	318
V. Grenzen des Rechts am Persönlichkeitsbild	320
1. Allgemeine Grenzen	320
2. Wahrnehmung berechtigter Interessen	321
3. Erhöhtes öffentliches Informationsinteresse bei Personen der Zeitgeschichte	321
4. Dauer des postmortalen Persönlichkeitsbildschutzes	322
VI. Schlusswürdigung	325

§ 18. Das Recht an Slogans, Gestiken, der Mimik und dem Image

A. Mimik, Gestiken, Posen	327
I. Persönlichkeitsrechtlicher Schutz	327
II. Urheberrechtlicher Schutz	328
B. Slogans, Zitate	329
C. Image	330

8. Kapitel. Die Fallgruppen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

§ 19. Der Schutz vor Indiskretion

A. Grundlagen des zivilrechtlichen Indiskretionsschutzes	332
B. Reichweite des Indiskretionsschutzes	333
I. Der Schutz des Privatbereiches	333
1. Der thematische Schutzbereich	334
2. Der räumliche Schutzbereich	336
3. Privatsphärenschutz bei Medienveröffentlichungen über „Personen der Zeitgeschichte“ (Prominente)	343
4. Selbstöffnung der Privatsphäre	347
II. Der Schutz des Intimbereiches	349
III. Der Geheimnisschutz	354
IV. Recht auf Anonymität (Schutz vor Namensnennung)	358
V. Indiskretionsschutz bei Unternehmen	363
VI. Videoüberwachung	368

§ 20. Der Wahrheitsschutz

A. Grundsätze	371
B. Einzelheiten	374
I. Erscheinungsformen unwahrer Tatsachenbehauptungen	374
1. Übersicht	374
2. Besondere Aspekte des Wahrheitsschutzes	377
a) Schlagzeilen und journalistische Verkürzungen	377
b) Zitatreue und untergeschobene Äußerungen	377
c) Unwahrheiten durch Bilder	378
II. Die Problematik von „wertneutralen Falschbehauptungen“	379

§ 21. Ehreenschutz, Schutz vor Schmähkritik

A. Begrifflichkeit	382
B. Definition und Abgrenzungsbemühungen	382
I. Abhängigkeit der Einordnung von „sozialen Standards“	382
II. Eigenes Vorverhalten des Betroffenen	383
III. Konkreter Kontext der Äußerung	383
IV. Ziele und Motive des Äußernden	384
V. Sonderfall Kunstfreiheit	384
VI. Recht auf „Gegenschlag“	384
C. Kategorisierung nach Art und Inhalt der Äußerung	385
I. Formalbeleidigungen	385
II. Beschimpfungen im weiteren Sinne	385
III. Äußerungen mit (jedenfalls auch) Tatsachencharakter	386
IV. Sonstige nicht näher kategorisierbare Äußerungen	386
D. Kategorisierung nach zugeordnetem Lebensbereich und Kasuistik	387
I. Äußerungen im politischen Raum	387
II. Äußerungen im wirtschaftlichen und unternehmerischen Bereich	388
III. Äußerungen in der sonstigen Sozialsphäre	389
1. Religiöser und weltanschaulicher Bereich	389
2. Kritik an Medizinern	389
a) Pointierungen	389
b) „Babycaust“-Entscheidung	389
3. Kritik an Künstlern und ihrem Werk	390
4. Kritik an Lehrern	390
IV. Äußerungen im Bereich der Privat- und Intimsphäre	390
V. Äußerungen in gerichtlichen und behördlichen Verfahren	390
VI. Rechtsmeinungen	391
VII. Äußerungen im Internet	391

§ 22. Das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung

A. Hintergrund	392
B. Geltungsbereich der Datenschutzgesetze	395
I. Institutioneller Geltungsbereich	395
II. Materieller Geltungsbereich	395
C. Grundsätzliche Regelungen	397
I. Zulässigkeit der Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung	397
II. Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland	397
III. Meldepflichten und Datenschutzbeauftragte	398
1. Meldepflichten	398
2. Interne Datenschutzbeauftragte	398
IV. Datenverarbeitung im Auftrag und Funktionsübertragung	398
V. Besondere Techniken	399
VI. Datensicherheit und Auditierung	400
D. Verarbeitung personenbezogener Daten im öffentlichen Bereich	401
I. Datenerhebung	401
II. Weitere Verarbeitung der Daten	401
E. Verarbeitung personenbezogener Daten im nicht-öffentlichen Bereich	402
I. Verarbeitung von Daten für eigene Zwecke	402
II. Verarbeitung von Daten für fremde Zwecke	403
F. Rechte der Betroffenen	404
I. Voraussetzungen	404
II. Rechte der Betroffenen im Einzelnen	405
1. Öffentlicher Bereich	405
2. Nicht-öffentlicher Bereich	405
G. Kontrolle und Sanktionen	406
I. Kontrollsystem	406
1. Öffentlicher Bereich	406
2. Nicht-öffentlicher Bereich	406
II. Sanktionen	407
H. Andere Vorschriften über den Datenschutz	408
I. Grundsatz	408
II. Datenschutz bei Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	408
1. Strafverfolgung	409
2. Gefahrenabwehr und Verfassungsschutz	410

4. Teil. Strafrechtlicher Persönlichkeitsschutz

9. Kapitel. Einführung

§ 23. Übersicht und Prozessuales

A. Die Strafvorschriften, die Zielsetzungen des Gesetzgebers und die rechtspolitische Entwicklung	413
B. Prozessuales	416
I. Ausgestaltung als Antragsdelikte	416
1. Das „besondere öffentliche Interesse“ als Voraussetzung der amtswegigen Strafverfolgung	417
2. Die Dreimonatsfrist des § 77b StGB; prozessuale Besonderheiten	418
3. Die Rücknahme des Strafantrags	419
II. Die Ausgestaltung als Privatklagedelikte	419
III. Die Befugnis zur Nebenklage nach § 395 I Nr. 1 b StPO	421
IV. Akteneinsicht gemäß § 406e StPO	422
V. Praktische Bedeutung, prozessuale Rechte des Verletzten	423
VI. Gesetzestechnische Besonderheiten des strafrechtlichen Persönlichkeitsrechtsschutzes	424
VII. Beispielhaft: § 201a StGB	425

§ 24. Strafrecht und Verfassungsrecht

A. Der fragmentarische Charakter des strafrechtlichen Persönlichkeitsschutzes und seine verfassungsrechtlichen Hintergründe	427
B. Die fragmentarische Gestalt des strafrechtlichen Persönlichkeitsschutzes	429
C. Begrenzungen durch das Verfassungsrecht: Die indirekte Wirkung des Art. 20 III GG . .	429
D. Korrespondiert der strafrechtliche Schutz mit den Interessen der Beteiligten	430
I. Das individualistische Zurechnungsmodell des Strafrechts als Hindernis bei der Erfassung der Aktivität von (Medien-)Unternehmen	430
II. Das mangelnde Interesse der Akteure an den strafrechtlichen Rechtsfolgen	431
1. Verfahrensgrundsätze des Strafprozesses	431
2. Rechtsfolgen des Strafrechts	433
a) Kriminalstrafe als Regelfolge	433
b) Sonderfall: Haftung von Unternehmen nach den §§ 30 OWiG, 73 StGB	433
c) Unternehmensgeldbuße/Verbandsgeldbuße nach § 30 OWiG	433
d) Verfall nach § 73 StGB	434
e) Zwischenergebnis und Wertung	434
f) Empirische Betrachtung: Das Strafrecht als bloßes „Vehikel“ zivilrechtlicher Rechtsdurchsetzung	435

10. Kapitel. Ehreenschutz

§ 25. Beleidigung

A. Deliktsstruktur	437
I. Das Schutzgut der Ehre	437
II. Die Ausfüllung des Ehrbegriffs	438
B. Der Grundtatbestand der Beleidigung (§ 185 StGB)	439
I. Objektiver Tatbestand	439
1. Begehungsweisen	439
2. Kasuistik	440
3. „Beleidigungsfreier Raum“; Parlamentarische Äußerungen nach § 36 StGB	442
4. Täterschaft, Mittäterschaft und mittelbare Täterschaft; Teilnahme	442
II. Subjektiver Tatbestand	443
C. Rechtswidrigkeit	443
I. Einwilligung	443
II. Die Struktur des besonderen Rechtfertigungsgrundes nach § 193 StGB	443
1. Grundlagen	443
2. Presse- und Kunstfreiheit	444
3. Das Sonderproblem der Satire	444
4. Sonderfall des § 193 StGB: Die mandatsbezogene Tätigkeit von Rechtsanwälten . . .	445
5. Sonderproblem des Ausbringens von Strafanzeigen	446
6. Die Berichterstattung über Strafverfahren	446
D. Qualifikation: Die tätliche Beleidigung gemäß § 185 Halbsatz 2 StGB	446
E. Konkurrenzen	447
F. Rechtsfolgen; Strafe; Verjährung	447

§ 26. Üble Nachrede

A. Objektiver Tatbestand	448
I. Tatsache in Abgrenzung vom Werturteil	448
II. Eignung zur Ehrverletzung	449
III. Tathandlungen	449
1. Behaupten; § 186 1. Var. StGB	449
2. Verbreiten; § 186 2. Var. StGB	450
3. In Beziehung auf einen anderen	451
4. Unwahrheit der Tatsache	451
B. Subjektiver Tatbestand	452
C. Rechtswidrigkeit	452

D. Qualifikation: § 186 HS. 2 StGB	452
I. Begehen durch öffentliche Äußerung	452
II. Begehen durch das Verbreiten von Schriften	452
E. Konkurrenzen	453

§ 27. Verleumdung

A. Objektiver Tatbestand	454
B. Subjektiver Tatbestand	454
C. Rechtswidrigkeit	454
D. Qualifikation	454
E. Konkurrenzen	455

§ 28. Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener

A. Objektiver Tatbestand	455
B. Subjektiver Tatbestand	456
C. Rechtswidrigkeit	457
D. Konkurrenzen, Strafantrag	457
E. Besonderheiten	457

11. Kapitel. Sonstige Tatbestände

§ 29. Die Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs

A. Überblick	459
I. Schutzgut	459
II. Normcharakter	460
III. Rechtspolitische Hintergründe	460
B. Objektiver Tatbestand	461
I. Wohnung	461
II. Gegen Einblick besonders geschützte Räume	461
III. Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs	461
IV. Verletzungshandlungen	462
1. Herstellen einer Bildaufnahme, § 201a I StGB	462
2. Übertragen einer Bildaufnahme, § 201a I StGB	463
3. Gebrauchen einer Bildaufnahme, § 201a II StGB	463
4. Dritten Zugänglichmachen, § 201a III StGB	464
C. Subjektiver Tatbestand	464
D. Rechtswidrigkeit	464
I. Die Einziehung technischer Mittel gemäß § 201a IV StGB	465
II. Strafantrag; Eigenschaft als Schutzgesetz gemäß § 823 II BGB	465
E. Konkurrenzen	465

§ 30. Weitere Vorschriften des strafrechtlichen Persönlichkeitsrechtsschutzes

A. Die verbotene Mitteilung über Gerichtsverhandlungen gemäß § 353 d Nr. 3 StGB	466
I. Vorbemerkung	466
II. Objektiver Tatbestand	467
III. Subjektiver Tatbestand	468
IV. Konkurrenzen	468
B. Falsche Verdächtigung gemäß § 164 StGB	468
C. Schlussübersicht: Strafrechtlicher Persönlichkeitsschutz außerhalb des StGB	469
I. Die Strafnorm des § 106 UrhG	469
II. Weitere Normen, die reflexhaft auch Bestandteile des Persönlichkeitsrechts schützen	469

5. Teil. Grenzen des Persönlichkeitsrechts

12. Kapitel. Kommunikationsfreiheit

§ 31. Wahrnehmung berechtigter Interessen

A. Einleitung	472
B. Dogmatische Einordnung der Wahrnehmung berechtigter Interessen	474
C. Kreis der Wahrnehmungsberechtigten	475
D. Berechtigung des Interesses	476
E. Geeignetheit und Erforderlichkeit der Interessenwahrnehmung	478
F. Angemessenheit der Interessenwahrnehmung	479
G. Subjektives Rechtfertigungselement	481
H. Pflichtenmaßstab	481
I. Journalistische Sorgfaltspflicht	481
II. Kodex des Deutschen Presserates	484
III. Allgemeiner Pflichtenmaßstab	484
J. Typische Fallgruppen	485
I. Verdachtsberichterstattung	485
II. Kritik an wissenschaftlichen, künstlerischen und beruflichen Leistungen	487

§ 32. Meinungs- und Pressefreiheit

A. Einleitung	491
I. Die Grundrechte aus Art. 5 Abs. 1 GG	491
1. Die Äußerungs- und Informationsfreiheit	491
2. Die Presse- und Rundfunkfreiheit	492
3. Schutzbereich	492
a) Tatsachenbehauptungen und Meinungsäußerungen	492
b) Das Äußerungsverständnis	497
c) Wort- und Bildberichterstattung	498
d) Behaupten und Verbreiten	500
II. Adressaten der Grundrechte	501
B. Konfliktfälle zwischen Persönlichkeitsrecht und Äußerungsfreiheit	502
I. Grundsätze	502
II. Leitentscheidungen und Abwägungskriterien	502
1. Wechselwirkung der Grundrechte: Die Lüth-Entscheidung	502
2. Selbstbestimmungsschutz	505
3. Diskretionsschutz	507
4. Identitätsschutz	508
a) Soraya-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts	508
b) Eppler-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts	509
c) Böll/Walden-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts	510
5. Ehreenschutz	511
C. Fallgruppen	513
I. Äußerungen im politischen Meinungskampf	513
II. Presseberichterstattung	515
1. Investigative Berichterstattung	515
2. Berichterstattung über prominente Persönlichkeiten	518
3. Berichterstattung über Partnerschaft	523
4. Berichterstattung über Familienangehörige	524
5. Berichterstattung über Straftäter	525
6. Berichterstattung über Ereignisprominente (Opfer, Angehörige, Verfahrens- beteiligte etc.)	530
7. Veröffentlichung von Nacktaufnahmen	532
III. Leistungs- und Warenkritik	533
1. Kritische Produktbewertungen (Warentests)	534
2. Boykottaufrufe	535
IV. Satirische Darstellungen	536
V. Werbung mit Persönlichkeitsmerkmalen	538

§ 33. Kunstfreiheit

A. Allgemeines	549
B. Zum Begriff der Kunst	550
I. Positionen der Ästhetik-Theorie	550
II. Der juristische Kunstbegriff	551
III. Keine Niveauekontrolle	552
C. Der verfassungsrechtliche Schutz der Kunst	553
I. Kein Gesetzesvorbehalt	553
1. Die Rechtsprechung des BVerfG	553
2. Die Stufentheorie	553
II. Werk- und Wirkbereich, Werkmittler	554
III. Verhältnis zur Meinungsfreiheit	555
1. Tatsachenbehauptung und Kunst	555
2. Meinungsäußerung und Kunst	556
IV. Die kunstspezifische Betrachtung	557
D. Der Konflikt zwischen Kunstfreiheit und Persönlichkeitsrecht	557
E. Typische Fallkonstellationen	558
I. Fiktionale Werke	558
1. Allgemeines	558
2. Fälle aus der Rechtsprechung	559
3. Rechtliche Bewertung	559
a) Erkennbarkeit	559
b) Verselbständigung der Kunstfigur	560
c) Schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung	560
d) Je-Desto-Formel	561
e) Vermutung der Fiktionalität	561
II. Dokufiction	561
1. Allgemeines	561
2. Fälle aus der Rechtsprechung	562
a) Verfilmungen	562
b) Theaterinszenierungen	564
3. Rechtliche Bewertung	564
a) Allgemeines	564
b) Erkennbarkeit	564
c) Unschuldsvermutung, Resozialisierungsgedanke	565
d) Intimbereich	565
III. Satire/Boulevard	565
1. Allgemeines	565
2. Fälle aus der Rechtsprechung	566
a) Karikatur	566
b) Film	566
c) Werbung	567
3. Rechtliche Bewertung	568

13. Kapitel. Sonstige Einschränkungen**§ 34. Funktionsfähigkeit der Rechtspflege**

A. Einschränkungen zur Sicherung des gerichtlichen Verfahrens	572
I. Gründe für die Einschränkungen	572
1. Praktikabilität	572
2. Effektivität des Rechtsschutzes	572
3. Kompetenzordnung	572
4. Rechtskraft	573
II. Dogmatik	573
III. Voraussetzungen	573
1. Sachlicher Umfang	574
a) Prozessualer Zusammenhang	574

b) Art der Beeinträchtigung	575
aa) Bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen	575
bb) Werturteile	575
cc) Beschaffung von Beweismitteln	575
2. Zeitlicher Umfang	576
3. Erfasster Personenkreis	577
B. Einschränkungen im Interesse der Rechtspflege im weiteren Sinn	577
I. § 24 Kunsturhebergesetz (KUG)	577
1. Regelungsinhalt	577
2. Verhältnis zu anderen Vorschriften	577
3. Voraussetzungen	578
a) Rechtspflege	578
b) Öffentliche Sicherheit	579
c) Behörden	579
d) Bildnisse	580
e) Ohne Einwilligung des Abgebildeten oder seiner Angehörigen	580
f) Interessenabwägung und Verhältnismäßigkeit	580
4. Rechtsfolgen	580
a) Anfertigen	580
b) Vervielfältigen, Verbreiten, zur Schau stellen	581
c) Aufbewahren	581
II. Spezialgesetzliche Einschränkungen	581
1. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	582
a) § 81b StPO	582
b) § 163b StPO	582
c) Polizeigesetze	582
d) Regelungen in anderen Gesetzen	583
2. Untersuchung von Körpersubstanzen	583
a) § 81a Abs. 3 StPO	583
b) § 81c StPO	583
c) § 81e–81g StPO	583
d) Polizeigesetze	584
3. Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Leuten	584
a) §§ 110a–110e StPO	584
b) Polizeigesetze	584
4. Observation	584
a) § 163f StPO	584
b) Polizeigesetze	585
5. Einsatz technischer Mittel	585
a) §§ 100c–100f StPO	585
b) Polizeigesetze	586
c) VersG	587
6. Fahndung	587
7. Informationsverarbeitung	588
a) §§ 474–491 StPO	588
b) §§ 98a–98c StPO	588
c) Polizeigesetze	589
d) Datenschutzgesetze	589

§ 35. Indemnität

A. Begriff	589
B. Anwendungsbereich	590
I. Persönlich	590
II. Sachlich	590
III. Zeitlich	591
C. Rechtsfolge	591

6. Teil. Träger des Persönlichkeitsrechts

14. Kapitel. Natürliche Personen

§ 36. Lebende Personen

A. Grundsatz	593
B. Rechtsträger – spezifische Schutzwirkungen	594
I. Individuelle Bestimmung	594
II. Kernbereich	594
1. Intimsphäre	595
2. Privatsphäre	595
3. Gesundheitszustand	596
III. Rechtsträgergruppen mit gemindertem oder gesteigertem Schutzbedürfnis	597
1. Rechtsträger mit gemindertem Schutzbedürfnis	597
2. Rechtsträger mit gesteigertem Schutzbedürfnis	597
3. Träger spezieller Persönlichkeitsrechte	598
C. Das pränatale Persönlichkeitsrecht	599
I. Grundsatz	599
II. Schutzwirkungen	599
III. Beginn des Schutzes	600
IV. Rechtswahrnehmung	600
D. Wechsel des Rechtsträgers?	600
I. Grundsatz	600
II. Ideelle Bestandteile des Persönlichkeitsrechts	600
III. Vermögenswerte Bestandteile des Persönlichkeitsrechts	600
1. Verbotene Nutzungen	601
2. Überlassung von Nutzungsbefugnissen	601
IV. Aktivlegitimation und Abtretbarkeit von Ansprüchen aus der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	601
1. Aktivlegitimation	601
2. Abtretbarkeit	602

§ 37. Das Persönlichkeitsrecht des Verstorbenen

A. Grundsätze	604
I. Schutzbereiche	604
II. Rechtsgrundlagen	605
B. Rechtsentwicklung	606
I. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	606
II. Die Rechtsprechung des BGH	606
III. Die Bestätigung der BGH-Rechtsprechung durch das BVerfG	612
IV. Ergebnisse	613
C. Kritische Analyse	613
I. Schwachpunkte der gegenwärtigen Rechtslage	613
II. Lösungsvorschläge	614
1. Zum Wechsel des Rechtsträgers	614
2. Zum Problem der Aktivlegitimation	616
3. Zur Verbesserung der Sanktionsmöglichkeiten	617
4. Zur Schutzdauer	621
D. Das Anspruchssystem bei Verletzungen des postmortalen Persönlichkeitsrechts	623
I. Geltung der allgemeinen Grundsätze	623
II. Aktivlegitimation	624
III. Abtretung von Ansprüchen aus der Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts	625
E. Weiterübertragung des postmortalen Persönlichkeitsrechts	625

§ 38. Personenmehrheiten

A. Schutzobjekte	626
B. Der Persönlichkeitsschutz der Verbandsmitglieder	627

I. Voraussetzungen	627
1. Die gewählte Bezeichnung	627
2. Die Zielrichtung	628
3. Spürbare Betroffenheit	628
4. Das Fehlen anderweitiger „Genugtuung“	628
II. Schutzwirkungen	629
C. Der Persönlichkeitsschutz des Verbandes	629
I. Ungeschützte Personengruppen	629
1. Zufallskollektive	629
2. Die Erbgemeinschaft	629
3. Ehe und Familie	629
II. Geschützte Verbände	630
1. Schutzvoraussetzungen	630
2. Schutzwirkungen	631
3. Ausländische Personenmehrheiten	632

15. Kapitel. Juristische Personen

§ 39. Das Persönlichkeitsrecht juristischer Personen des Privatrechts

A. Grundsatz	634
B. Verfassungsrechtliche Absicherung	634
I. Verfassungsgerichtlicher Klärungsbedarf	634
II. Recht auf freie Entfaltung	635
III. Lückenschließende Funktion	635
IV. Juristische Person und Menschenwürde	636
C. Zivilrechtlicher Persönlichkeitsschutz	636
I. Individualitätsprinzip	636
II. Gewichtung bei der Güter- und Interessenabwägung	636
III. Gründungsstadium	637
IV. Kein „postmortaler“ Persönlichkeitsschutz	637
V. Schutzwirkungen	638
D. Ausländische juristische Personen des Privatrechts	638

§ 40. Das Persönlichkeitsrecht juristischer Personen des Öffentlichen Rechts

A. Grundsatz	639
B. Ausnahmen	639
I. Ehrenschutz	640
II. Geheimnisschutz	641
III. Schutz der Betätigungsfreiheit	641
IV. Namensschutz	642
V. Bildnisschutz	642
C. Ausländische juristische Personen des öffentlichen Rechts	642

7. Teil. Das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr

16. Kapitel. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen in Verträgen der Unterhaltungsindustrie

§ 41. Verträge mit Schauspielern, Moderatoren und Musikern

A. Einleitung	644
B. Persönlichkeitsrechtlicher Gegenstand der Rechtsgeschäfte	645
I. Schauspieler, Musiker und andere ausübende Künstler	645
II. Moderator	645
C. Vertragsarten	646
I. Darstellervertrag	646
II. Moderatorenvertrag	646

III. Künstlerexklusivvertrag	646
IV. Werbekooperations-, Endorsement- oder Testimonialvertrag	647
D. Allgemeine Grundsätze	648
I. Zweckübertragungsgrundsatz	648
II. Rechtsnatur der Einwilligung	649
III. „Übertragung“ von Persönlichkeitsrechten	650
IV. Widerruf der Einwilligung	651
V. Vollstreckbarkeit	652
E. Einzelne Klauseln	652
I. Urheberpersönlichkeitsrechtliche Befugnisse	652
II. Persönlichkeitsrechtliche Befugnisse	653
1. Werbung für das künstlerische Produkt	653
2. Merchandising und Testimonials	654
3. Lebensführung	655

§ 42. Verträge mit Spitzensportlern

A. Einleitung	657
B. Gegenstand der Vermarktung	657
I. Name, Bildnis	658
II. Stimme, Unterschrift, Körper	659
C. Beteiligte	659
D. Überblick über die vertraglichen Gestaltungen	659
E. Die Verträge im Einzelnen	660
I. Athletenvereinbarung	660
1. Allgemeine Rechtsbeziehungen zwischen Verband und Sportler	660
a) „Ein-Platz-Prinzip“	660
b) Bindung des Sportlers an das Verbandsregelwerk	661
2. Interessenlage der Vertragsparteien	662
3. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen im Einzelnen	663
II. Sponsoringvertrag, Vermarktungsvertrag, Werbevertrag	665
1. Allgemeines	665
2. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen im Einzelnen	665
III. Ausrüstervertrag	668
1. Allgemeines	668
2. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen im Einzelnen	669
IV. Arbeitsverträge mit Spitzensportlern	669
1. Allgemeines	669
2. Darstellung der wichtigsten persönlichkeitsrechtlichen Verfügungen anhand des DFL-Musterarbeitsvertrages	670

17. Kapitel. Merchandising- und Werbeverträge

§ 43. Merchandisingverträge

A. Übersicht	677
I. Begriff und Gegenstand von Merchandisingverträgen	677
II. Entwicklung des Merchandising	679
B. Merchandising in der Praxis	680
I. Marktdaten	680
II. Merchandising-Objekte als Vertragsgegenstände	680
III. Formen der Merchandising-Auswertung	681
C. Schutzrechte an Merchandising-Objekten	681
I. Urheberrechtsschutz	682
II. Leistungsschutzrechte	683
III. Geschmacksmusterschutz	683
IV. Markenschutz	684
V. Titelschutz und Schutz als geschäftliche Bezeichnung	685
VI. Wettbewerbsschutz	686
VII. Persönlichkeitsrechtlicher Schutz	687

D. Vertragstypen im Merchandisinggeschäft	688
I. Übersicht	688
II. Der Standardmerchandising-Lizenzvertrag	688
III. Der Merchandising-Agenturvertrag	689
IV. Merchandisingregelungen in Künstler-, Schauspieler und Verfilmungsverträgen	689
E. Der Inhalt von Merchandisingverträgen	690
I. Vertragsparteien	690
II. Vertragsgegenstand	691
III. Berechtigung des Lizenzgebers	691
IV. Rechtseinräumung	691
V. Aufgaben des Lizenznehmers	692
VI. Genehmigungsvorbehalt für Vertragsartikel, Qualitätskontrolle, Belegexemplare	692
VII. Freistellung des Lizenzgebers von Produkthaftungsrisiken	693
VIII. Gegenleistung	693
IX. Bucheinsichtsrechte	694
X. Nennung des Lizenzgeber; Schutzrechtshinweis	694
XI. Gemeinsame Rechtsverteidigung	694
XII. Vertragsdauer und Kündigung	694

§ 44. Werbeverträge

A. Einleitung	695
B. Rechtliche Grundlagen für Werbeverträge	696
C. Inhalt von Werbeverträgen	698
I. Vertragsparteien	698
II. Vertragsgegenstand	698
III. Rechteeinräumung	699
IV. Vergütung	700
V. Exklusivität	700
VI. Freistellung des Lizenzgebers	700
VII. Zustimmungen und sonstige Freigaben	701
VIII. Laufzeit und Kündigung	701

18. Kapitel. Die Vermarktung der Privatsphäre

§ 45. Die Privatsphäre als Vermögensrecht

A. Wirtschaftlicher Hintergrund	703
I. Das Recht auf Privatsphäre als Abwehrrecht	703
II. Das Recht auf Privatsphäre als Nutzungsrecht.	704
B. Rechtliche Konsequenzen.	705
I. Der vermögensrechtliche Zuweisungsgehalt des Rechts auf Privatsphäre	705
II. Lizenzanalogie	706
C. Einwände	707
I. Unsicherheit über den Umfang des Privatsphärenschutzes.	707
II. Verzichtstheorie.	709
D. Rechtspolitischer Ausblick	710

§ 46. Verträge über die Privatsphäre

A. Einleitung	711
B. Vertragstypen	712
I. Das Interview	712
II. Das Hintergrundgespräch	713
III. Der „Informations-/Nachrichtenkauf“	714
IV. Die „Home-Story“/das „Event“	715
C. Rechtsnatur der Verträge	715
I. Urheberrechtlicher Ansatz	716
II. Verfügungsrechtlicher Ansatz	716
III. Schuldrechtlicher Ansatz	717

D. Vertragsinhalt	718
I. Vertragsparteien	718
II. Vertragsgegenstand	718
III. Pflichten des Rechteinhabers	719
1. Mitwirkungspflichten	719
2. Nutzungsgestattung	719
3. Exklusivklausel	720
IV. Pflichten des Medienunternehmens als Vertragspartner	721
1. Vergütungspflicht	721
2. Autorisierungsvorbehalt	723
3. Veröffentlichungspflicht	724
V. Freistellung von Haftungsrisiken	725
VI. Vertragsstrafeklauseln	725
1. Vertragsstrafeversprechen zugunsten des Rechteinhabers	725
2. Vertragsstrafeversprechen zugunsten des Vertragspartners	726
VII. Vertragsdauer/Kündigung	726
1. Vertragsdauer	726
2. Kündigung	727
a) ordentliche Kündigung	727
b) außerordentliche Kündigung	728
E. Vertragswirksamkeit	730
I. Sittenwidrigkeit aufgrund der Mitwirkungspflichten des Rechteinhabers	730
II. Sittenwidrigkeit aufgrund der Bildung eines „Informationsmonopols“	731
F. Ansprüche wegen Vertragsverletzung	734

8. Teil. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts

19. Kapitel. Zivilrechtliche Rechtsfolgen und ihre Durchsetzung

§ 47. Der Unterlassungsanspruch

A. Bedeutung des Unterlassungsanspruchs	738
B. Voraussetzungen des Unterlassungsanspruchs	738
I. Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	738
II. Rechtswidrigkeit	739
III. Begehungsfahr	739
1. Wiederholungsfahr	739
2. Erstbegehungsfahr	741
IV. Anspruchsberechtigte	742
V. Anspruchsverpflichtete	743
1. Autor	743
2. Verleger	743
3. Herausgeber, Chefredakteur, Ressortleiter und verantwortlicher Redakteur	744
4. Informant	744
5. Technischer Verbreiter	744
6. Anzeigenhaftung	744
7. Mehrere Anspruchsverpflichtete	744
VI. Kein Verschuldenserfordernis	745
C. Umfang des Unterlassungsanspruchs	745
I. Konkrete Verletzungsform	745
II. Sinngemäße Behauptungen und Eindruckserweckung	745
III. Mehrdeutige Äußerungen	746
IV. Gesamtverbot	746
V. Aufbrauchfrist	746
VI. Neuer Sachverhalt	747
D. Unterlassungsverpflichtungserklärung	747
I. Bedeutung und Inhalt	747

II. Besonderheiten	748
1. Vorbehalte und Bedingungen	748
2. Verzicht auf die Strafbewehrung	748
3. Kündigung der Unterlassungsverpflichtungserklärung	749
a) Kündigung wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage	749
b) Kündigung aus wichtigem Grund	749
E. Unterlassungsanspruch bei elektronischen Medien	749
I. Rundfunk	749
II. Internet	750
1. Anspruchsgrundlagen und Telemediengesetz (TMG)	750
2. Haftung für eigene Inhalte	750
3. Haftung für fremde Inhalte	751
a) Access-Provider und Admin-C	752
b) Host- und Service-Provider, Forenbetreiber	752
c) Links	752

§ 48. Der Gegendarstellungsanspruch

A. Grundlagen	754
I. Einführung in den Gegendarstellungsanspruch	754
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen für den Gegendarstellungsanspruch	754
1. Gesetzgebungszuständigkeit	755
2. Regelungszwang kraft Verfassungsrechts	755
B. Gesetzliche Regelungen zum Gegendarstellungsanspruch	756
I. Übersicht	756
1. Presse	756
2. Rundfunk	756
3. Internet	756
II. Ermittlung der im konkreten Fall anzuwendenden Regelung	756
C. Anspruchsvoraussetzungen für den Gegendarstellungsanspruch	757
I. Materielle (inhaltliche) Voraussetzungen	757
1. Medium	757
2. Grundvoraussetzungen	758
II. Formelle Voraussetzungen	758
1. Unverzüglichkeit der Geltendmachung/Aktualität	759
2. Geltendmachung innerhalb einer Ausschlussfrist	759
3. Schriftlichkeit der Gegendarstellung	759
III. Ausschluss des Anspruchs	759
1. Fehlendes berechtigtes Interesse	760
2. Unangemessener Umfang	760
3. Strafbarer Inhalt der Gegendarstellung	760
4. Wahrheitsgetreue Berichte über Vorgänge in den normgebenden Organen	760
D. Parteien des Gegendarstellungsanspruchs.	761
I. Anspruchsberechtigung	761
II. Anspruchsverpflichtung.	761
III. Praktische Hinweise	762
1. Verschiedenheit der Regelungen	762
2. Bündel oder Konglomerate	762
3. Formalien	762
4. Nachbesserungen im Rechtsstreit.	762
E. Inhalt und Erfüllung des Gegendarstellungsanspruchs.	763
I. Platzierung der Gegendarstellung	763
II. Zeitlicher Rahmen für die Erfüllung	763
III. Einzelfragen.	763
1. Keine Änderungen durch das Medium.	763
2. Glossierung.	764
3. Erfüllung im Übrigen	764
F. Durchsetzung des Gegendarstellungsanspruchs	764
I. Erkenntnisverfahren	764

1. Verfahrensart	764
2. Antragsfassung	764
3. Zuständigkeiten	765
4. Verfahren.	765
5. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	765
6. Falle des § 939 Abs. 2 ZPO	766
II. Zwangsvollstreckung	766
G. Besonderheiten des Gegendarstellungsanspruchs nach Rundfunkäußerungen	766
H. Besonderheiten des Gegendarstellungsanspruchs nach Internetäußerungen	767
I. Checkliste zum Gegendarstellungsanspruch	767
 § 49. Der Anspruch auf Berichtigung und Widerruf	
A. Einführung	769
I. Rechtsgrundlage und Terminologie	769
II. Abgrenzung zu anderen Ansprüchen	771
1. Anspruch auf Unterlassung	771
2. Veröffentlichung des Unterlassungsurteils oder der Unterlassungserklärung	771
3. Anspruch auf Gegendarstellung	771
4. Feststellung der Unwahrheit bzw. Rechtswidrigkeit der Behauptung	772
B. Voraussetzungen des Berichtigungsanspruchs	772
I. (Erwiesen) unwahre Tatsachenbehauptung	772
1. Tatsachenbehauptung	772
2. Unwahrheit der Tatsachenbehauptung und Nachweis	773
3. Behaupten oder Verbreiten	774
II. Fortdauernde Beeinträchtigung der Rechtsgüter des Betroffenen	774
1. Rechtsverletzung	774
a) Geschützte Rechtsgüter	774
b) Rechtswidrigkeit	775
c) Verschulden	776
2. Fortdauer der Beeinträchtigung	776
3. Wegfall des Berichtigungsbedürfnisses	777
a) Redaktionelle Berichtigungserklärung	777
b) Abdruck einer Gegendarstellung	778
c) Veröffentlichung des Unterlassungsurteils oder der Unterlassungserklärung	779
III. Erforderlichkeit, Eignung und Zumutbarkeit der Berichtigung	779
1. Erforderlichkeit: Interessenabwägung	779
a) Objektive Rufbeeinträchtigung	780
b) Berichtigung als Genugtuung oder Demütigung	780
c) Kleiner Kreis der Erklärungsempfänger	781
d) Zutreffender Tatsachenkern	782
e) Prozessbehauptungen	782
f) Mittel zur Beeinflussung eines schwebenden Verfahrens	782
g) Provokation des Verletzers	782
2. Eignung der Berichtigung	782
3. Zumutbarkeit	783
C. Formen der Berichtigung	783
I. Widerruf	784
II. Richtigstellung	784
1. Teilweise Unwahrheit	785
2. Vermittlung eines unzutreffenden Eindrucks	785
3. Rechtmäßigkeit der Behauptung zum Äußerungszeitpunkt	785
4. Namensidentität	785
III. Nichtaufrechterhaltung	786
IV. Ergänzende Berichterstattung	786
V. Distanzierung	787
D. Anspruchsberechtigung und -verpflichtung	788
I. Der Anspruchsberechtigte	788
II. Der Anspruchsverpflichtete	789

E. Durchsetzung der Berichtigung	789
I. Rechtsweg	789
II. Verfahrensart	789
III. Klageantrag	790
IV. Darlegungs- und Beweislast	791
V. Streitwert	792
VI. Zwangsvollstreckung	792
VII. Verjährung	792
F. Erfüllung des Berichtigungsverlangens	793
I. Abgabe der Erklärung	793
II. Öffentliche – privatschriftliche Berichtigung	793
III. Platzierung und Form der Berichtigung	794
1. Platzierung	795
2. Form	796
3. Gegenäußerungen und redaktionelle Zusätze	796
IV. Zeitpunkt der Abgabe bzw. Veröffentlichung der Erklärung	797
V. Kosten der Verbreitung	797

§ 50. Der Anspruch auf materiellen Schadensersatz

A. Übersicht	799
I. Rechtsnatur der Ansprüche	799
1. Schadensersatzansprüche	799
2. Bereicherungsansprüche	799
II. Anspruchsgrundlagen für den Schadensersatz	800
III. Voraussetzungen der Haftung	800
1. Rechtswidrigkeit	800
2. Verschulden	801
IV. Äußerungsrechtliche Besonderheiten	801
1. Besondere Haftungsausschlüsse	801
2. Vorrang anderer Verfahren	801
V. Aktiv- und Passivlegitimation	801
1. Anspruchsberechtigter	801
2. Anspruchsverpflichteter	802
B. Der Anspruch auf materiellen Schadensersatz	803
I. Übersicht	803
1. Grundsätze	803
2. Die Ermittlung des Schadens	804
3. Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	804
4. Entgangener Gewinn	804
II. Der Nachweis des Schadens	805
1. Kausalitätsnachweis	805
2. Kausalitätsprobleme	806
3. Verjährung	806
III. Die Ersatzleistung	807
1. Geldersatz	807
2. Naturalrestitution	807
3. Aufwendungen zur Schadensabwehr	808
4. Kosten der Rechtsverfolgung	809
C. Die Vermarktung fremder Persönlichkeitsrechte	809
I. Übersicht	809
1. Bereicherungsansprüche	810
2. Schadensersatzansprüche	810
II. Verwertungsbereitschaft	811
1. Einverständnis	811
2. Ablehnung	812
3. „Selbstkommerzialisierung“	812
III. Grenzen der Lizenzanalogie	813
1. Immaterielle Beeinträchtigung	813

2. Abwägungsgebot	814
D. Das postmortale Persönlichkeitsrecht	815
I. Übersicht	815
1. Immaterieller Schutzbereich	815
2. Materieller Schadensersatz	816
II. Schutzzweck und Schutzdauer	816

§ 51. Der Anspruch auf Geldentschädigung

A. Grundlagen des Anspruchs	818
I. Entstehungsgeschichte	818
II. Rechtsnatur des Anspruchs	819
1. Abgrenzung zum Schmerzensgeld	820
2. Funktionen des Anspruchs	821
a) Ausgleich	821
b) Genugtuung	821
c) Prävention	822
B. Voraussetzungen des Anspruchs	822
I. Übersicht	822
II. Schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung	823
1. Rechtswidriger schuldhafter Eingriff	823
2. Merkmale des schweren Eingriffs	823
a) Bedeutung und Tragweite	823
b) Grad des Verschuldens	826
c) Anlass und Beweggrund	826
d) Weitere Merkmale	827
III. Fehlen anderweitiger Ausgleichsmöglichkeit	828
IV. Anspruchsberechtigte und -verpflichtete	829
C. Bemessung des Anspruchs	830
I. Grundsätze	830
1. Hauptsächliche Bemessungsfaktoren	830
2. Gewinnabschöpfung und Lizenzanalogie	830
II. Verhältnismäßigkeit	832
1. Wahrung der Pressefreiheit	832
2. Zahlung an Dritte?	832
III. Beispiele zur Höhe	832
1. Vorbemerkung	832
2. Fallbeispiele	833

§ 52. Der Anspruch auf Herausgabe des Erlangten

A. Grundsätzliches	835
I. Sachverhalte	835
II. Bereicherungsrechtliche Ansprüche	835
III. Abgrenzungen und Konkurrenzen	836
IV. Leitentscheidungen	837
1. Grundlegende Entscheidungen	837
2. Marlene-Entscheidungen	837
3. Die Herrenreiter-Entscheidung	837
B. Herausgabe des Erlangten nach Eingriffskondiktion	837
I. Etwas erlangt?	838
II. Nicht durch Leistung erlangt?	838
III. Auf Kosten des Anspruchstellers?	839
1. Verhältnis zur Rechtsgrundlosigkeit	839
2. Eingriff in ein Ausschließlichkeitsrecht	839
3. Verstoß gegen den Zuweisungsgehalt	840
4. Hypothetische Betrachtung?	840
5. Anspruchsberechtigter wird festgelegt	840
IV. Erwerb ohne rechtlichen Grund	841

1. Grundsätzliches	841
2. Nutzung von Bildnissen	841
3. Zuweisungstheorie	841
V. Widersprüchliches Verhalten des Verletzten	842
VI. Hypothetische Nichtverwendung durch den Eingreifer	842
VII. Höhe des Anspruchs aus Eingriffskondiktion	843
1. Grundsätzliches	843
2. Sachverständigengutachten	843
3. Gewinnherausgabe	844
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	844
5. Wegfall der Bereicherung	844
6. Sittenwidrigkeit einer möglichen eigenen Vermarktung	844
C. Besonderheiten der Aufwendungskondiktion	845
I. Tatbestandsmerkmale	845
1. Bestehen eines Beseitigungsanspruchs	845
2. Selbstbeseitigung der Störung durch den Betroffenen	845
a) Möglichkeiten	845
b) Gegendarstellung als Ausgleich	845
c) Positivwerbung	846
d) Unklare Anzeigen	846
II. Höhe des Anspruchs	846
1. Materiell-rechtliche Fragen	846
2. Prozessuale Fragen	847
a) Vermögensrechtliche Streitigkeit	847
b) Streitigkeit der Forderungen unter den Parteien	847
c) Schwierigkeiten einer vollständigen Aufklärung	847
d) Schätzung durch das Gericht	848

§ 53. Ergänzende Ansprüche (Der Auskunftsanspruch u.a.)

A. Ansprüche auf Auskunft und Rechnungslegung	849
I. Auskunftsanspruch	849
1. Allgemeines	849
2. Auskunft über den Inhalt der Rechtsverletzung	850
3. Auskunft über den Umfang der Verbreitung	851
4. Voraussetzungen des Auskunftsanspruchs	852
a) Bestehen eines Rechtsverhältnisses	853
b) Unverschuldete Unkenntnis des Verletzten	853
c) Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der eigenen Informationsbeschaffung	853
d) Unschwere Erteilung der Auskunft	853
e) Interessenabwägung	854
5. Inhalt des Auskunftsanspruchs	854
6. Erfüllung und Durchsetzung des Auskunftsanspruchs	855
7. Bedeutung des Auskunftsanspruchs	856
II. Rechnungslegungsanspruch	857
B. Urteilsveröffentlichungsanspruch	857
I. Veröffentlichung von Unterlassungsurteilen	857
1. Allgemeines	857
2. Voraussetzungen des Urteilsveröffentlichungsanspruchs	858
a) Öffentliche rufschädigende Meinungsäußerung	858
b) Beseitigungs- oder Unterlassungsanspruch	859
c) Antrag	859
d) Berechtigtes Interesse	859
3. Inhalt der Urteilsveröffentlichung	860
4. Bedeutung des Urteilsveröffentlichungsanspruchs	861
II. Veröffentlichung von Unterlassungserklärungen	862
C. Sonstige Hilfsansprüche	862
I. Ansprüche zur Sicherung des Unterlassungsanspruchs	862
1. Vernichtungsanspruch	863

2. Rückrufanspruch	863
3. Herausgabeanspruch	864
II. Sonstige Ansprüche: Anspruch auf Archivaufnahme	865
 § 54. Gesonderte Sanktionen bei Verletzung des Pressekodex	
A. Verfahrensbeteiligte und Beschwerdegegenstand	867
I. Beschwerdeführer	867
II. Beschwerdegegner	868
III. Form der Beschwerde	868
IV. Gegenstand der Beschwerde	869
B. Ablauf des Beschwerdeverfahrens	870
I. Vorprüfung	870
II. Vermittlung	870
III. Verfahren vor dem Beschwerdeausschuss	871
IV. Besondere Verfahren	872
1. Beschwerden zum Datenschutz	872
2. Verfahren vor dem Plenum	873
3. Wiederaufnahme des Verfahrens	873
C. Entscheidung und Sanktionssystem	873
I. Entscheidung des Beschwerdeausschusses	873
II. Bekanntgabe der Entscheidung	874
III. Die Maßnahmen nach der Beschwerdeordnung	874
1. Redaktioneller Hinweis	875
2. Missbilligung	875
3. Rüge	875
4. Nicht-öffentliche Rügen	876
5. Verzicht auf Maßnahme bei begründeter Beschwerde	876
IV. Verhältnis zwischen Presserats- und gerichtlichen Sanktionen	876
V. Gerichtliche Überprüfbarkeit der Sanktionen	877
1. Auffassungen OLG Hamburg und OLG Köln	878
2. Ansicht LG Frankfurt a. M.	879
VI. Wirkung der Presseratssanktionen	879
D. Statistische Angaben zum Beschwerdeaufkommen des Presserats	880

20. Kapitel. Verfahrensrechtliche Fragen

§ 55. Einstweiliger Rechtsschutz

A. Grundsätzliches	883
I. Der Streitgegenstand der Leistungs- oder Befriedigungsverfügung.	883
II. Die zulässige Verfahrensart	884
1. Unterlassungsanspruch	884
2. Gegendarstellungsanspruch	884
3. Anspruch auf Berichtigung (Widerruf; Richtigstellung)	885
4. Antrag auf Feststellung	886
5. Anspruch auf Auskunft	886
III. Rechtshängigkeit	886
IV. Rechtskraft	887
1. Formelle Rechtskraft.	887
a) Urteile im Eilverfahren	887
b) Beschlussverfügungen	887
2. Materielle Rechtskraft	887
B. Das Verfahren auf Anordnung der einstweiligen Verfügung	889
I. Systematik	889
II. Der Ablauf des Verfahrens	889
III. Vorprozessuale Maßnahmen bei Unterlassungsansprüchen	890
1. Die Abmahnung	890
2. Die Schutzschrift	894

IV. Vorprozessuale Maßnahmen bei der Gegendarstellung	896
V. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	896
1. Zur Zulässigkeit des Verfügungsantrags	896
2. Zur Begründetheit des Verfügungsantrags.	898
VI. Die Erledigung der Hauptsache	900
1. Anwendbarkeit im Verfügungsverfahren	900
2. Erledigende Ereignisse	900
VII. Rechtsmittel/Rechtsbehelfe	902
1. Zurückweisung des Verfügungsantrags	902
2. Stattgebende Beschlussverfügung	902
3. Urteilsverfahren	903
VIII. Das Abschlussschreiben und die Abschlusserklärung	904
1. Begriffe	904
2. Das Abschlussschreiben.	904
a) Inhalt	904
b) Die Kosten des Abschlussschreibens.	904
3. Die Abschlusserklärung	905
IX. Die Anordnung der Klageerhebung gem. §§ 936, 926 Abs. 1 ZPO.	906
X. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung gem. §§ 936, 926 Abs. 2 ZPO	906
XI. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände gem. §§ 936, 927 ZPO	906
1. Abgrenzung	906
2. Anwendungsbereich	907
3. Das Verhältnis des Aufhebungsverfahrens zum Widerspruchs- und Berufungsverfahren	907
4. Die veränderten Umstände	907
5. Die Entscheidung	908
6. Kosten.	908
XII. Der Verzicht auf die titulierte Forderung	909
XIII. Die Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	909
1. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung beim Widerspruch und beim Aufhebungsverfahren	909
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Berufungsverfahren	909
C. Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	910
I. Die Situation nach Erlass der einstweiligen Verfügung.	910
1. Das Erfordernis der Sicherung des Titels.	910
2. Die Zustellung der Beschlussverfügung	911
3. Die Zustellung der Urteilsverfügungen	911
II. Die in Betracht kommenden Vollziehungsmaßnahmen	911
III. Die Vollziehung der Unterlassungsverfügung	912
1. Der Schuldner verstößt innerhalb der Vollziehungsfrist gegen die einstweilige Verfügung auf Unterlassung	912
2. Der Schuldner verstößt innerhalb der Vollziehungsfrist nicht gegen den Titel.	913
IV. Die Vollziehung der Gegendarstellungsverfügung	913
1. Beschlussverfügung	913
2. Urteilsverfügung	914
V. Die Parteizustellung und die Heilung von Zustellungsmängeln	914
1. Die Form der Parteizustellung	914
2. Die Heilung von Zustellungsmängeln	915
VI. Die Vollziehungsfrist, §§ 936, 926 Abs. 2 ZPO	915
1. Fristart	915
2. Fristbeginn	915
VII. Die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Unterlassungen.	916
1. Allgemeine Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung.	916
2. Besondere Voraussetzungen	916
IX. Der Schadenersatzanspruch gem. § 945 ZPO	916
1. Einstweilige Verfügungen auf Unterlassung	918
2. Einstweilige Verfügungen auf Gegendarstellung.	918

X. Der Streitwert	918
1. Unterlassung	918
2. Gegendarstellung	918
§ 56. Hauptsacheverfahren	
A. Zulässige Verfahrensart	920
B. Zulässigkeit der Hauptsacheklage	920
I. Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung; hier: Zulässigkeit des Antrags	920
II. Wirksamkeit der Klageerhebung	924
III. Örtliche Zuständigkeit	925
IV. Sachliche Zuständigkeit	926
V. Funktionelle Zuständigkeit	926
VI. Prozessführungsbefugnis	927
VII. Rechtsschutzbedürfnis	929
VIII. Zulässigkeit des Zivilrechtswegs	932
IX. Feststellungsinteresse bei einer Feststellungsklage	934
C. Streitgegenstand	935
I. Grundsätzliches	936
II. Abgrenzungen	936
III. Speziell zu den Schadenersatzansprüchen	936
IV. Speziell zum Gegendarstellungsanspruch	937
V. Speziell zum Unterlassungsanspruch	937
D. Verfahren der Hauptsacheklage	938
I. Prozesskostenhilfe	938
II. Hinweispflichten	938
III. Beweisverfahren	939
IV. Richterliche Sachkunde	940
V. Beweislast	940
VI. Anwaltliche Standespflichten	941
E. Entscheidung über eine Hauptsacheklage	941
I. Parteianträge	941
II. Teilabweisungen	941
III. Festsetzung des Streitwerts	942
F. Rechtsmittel gegen Entscheidungen im Hauptsacheverfahren	943
I. Grundsätzliche Zulässigkeit	943
II. Begründungszwang	943
§ 57. Vollstreckungsrechtliche Fragen	
A. Systematischer Überblick	945
B. Zwangsvollstreckung von Titeln wegen Äußerungen in Printmedien und im Rundfunk	945
I. Zwangsvollstreckung von Unterlassungstiteln	945
1. Grundlagen	946
2. Abgrenzungen	946
3. Antrag und Zuständigkeiten	947
4. Vollstreckbarer Unterlassungstitel	947
5. Vollstreckungsklausel	948
6. Wirksamkeit des Titels – Zustellung, Aufhebung	948
7. Androhung nach § 890 Abs. 2 ZPO	949
8. Sicherheitsleistung	949
9. Zuwiderhandlung gegen den Titel – materielle Prüfung	949
10. Mehrfache Verstöße	951
11. Verschulden	952
12. Art und Höhe des Ordnungsmittels	952
13. Kosten mit Streitwert	953
14. Rechtsbehelfe	953
II. Zwangsvollstreckung von Titeln auf Gegendarstellung	953
1. Abgrenzungen	953
2. Voraussetzungen für die Festsetzung	953

3. Bedingte Festsetzung	954
4. Keine Androhung	955
5. Art und Höhe des Zwangsmittels.	955
6. Durchführung der Zwangsvollstreckung nach Verfall	955
7. Erledigung der Hauptsache	956
8. Streitwert und Kosten	956
9. Rechtsbehelfe	956
III. Zwangsvollstreckung von Titeln auf Widerruf	956
1. Abgrenzungen	957
2. Grundlagen für die Zwangsvollstreckung	957
3. Rechtskraft des Titels	958
4. Verfahren	958
5. Materielle Prüfung: Erfüllung	959
6. Entscheidung des Gerichts	959
7. Rechtsbehelfe	959
IV. Vollstreckung von Titeln auf Auskunftserteilung	959
C. Zwangsvollstreckung von Titeln wegen Äußerungen im Internet	960
I. Anerkennung ausländischer Titel	960
II. Titelauslegung	960
III. Unterlassungspflichten	961
IV. Handlungspflichten	961
1. Löschung bei der DENIC	961
2. Einschaltung von informierten Spezialisten	961
3. Reichweite der Handlungspflichten	961
4. Einwirkung auf Dritte	962
5. Überwachungspflichten	962
6. Fortsetzungszusammenhang bei Internetäußerungen	962
7. Vollstreckung deutscher Titel im Ausland	963

**9. Teil. Grenzüberschreitende Persönlichkeitsrechtsverletzungen,
Europäisches Recht, Völkerrecht**

21. Kapitel. Grenzüberschreitende Persönlichkeitsrechtsverletzungen

§ 58. Anwendbares materielles Recht

A. Übersicht	966
I. Rechtsgrundlagen	966
II. Die Qualifikation	967
III. Die Anknüpfung	967
B. Der Anspruch auf Geldentschädigung	968
I. Die Qualifikation	968
II. Die Anknüpfung	969
1. Die Tatortanknüpfung gem. Art. 40 Abs. 1 EGBGB	969
a) Die Bestimmung des Handlungsorts	969
b) Die Bestimmung des Erfolgsorts	970
aa) Die Lokalisierung des Erfolgsorts	970
bb) Zur Konkurrenz mehrerer Erfolgsorte	971
c) Das Verhältnis von Handlungs- und Erfolgsortanknüpfung	972
2. Die weiteren Anknüpfungsmomente nach Art. 40 ff. EGBGB	972
a) Die nachträgliche Rechtswahl durch die Parteien, Art. 42 EGBGB	972
b) Die wesentlich engere Verbindung, Art. 41 EGBGB	973
c) Der gemeinsame gewöhnliche Aufenthalt, Art. 40 Abs. 2 EGBGB	973
3. Der Renvoi	974
a) Die Verweisung des Art. 40 Abs. 1 EGBGB	974
b) Die Verweisung des Art. 40 Abs. 2 EGBGB	975
c) Die Verweisung des Art. 41 Abs. 1 EGBGB	975
4. Der ordre-public-Vorbehalt	975

C. Der Unterlassungsanspruch	976
D. Der Anspruch auf Gegendarstellung	976
E. Der Anspruch auf Beseitigung und Widerruf	978
F. Der Anspruch auf materiellen Schadensersatz	978
I. Die Qualifikation	978
II. Die Anknüpfung	979
G. Der Anspruch auf Herausgabe des Erlangten	980
I. Die Qualifikation	980
1. Der Anspruch aus Eingriffskondiktion	980
2. Der Anspruch aus angemäßer Eigengeschäftsführung	981
II. Die Anknüpfung	981
1. Der Anspruch aus Eingriffskondiktion	981
2. Der Anspruch aus angemäßer Eigengeschäftsführung	982
H. Ergänzende Ansprüche	982
I. Postmortaler Persönlichkeitsrechtsschutz	983
I. Die Qualifikation	984
II. Die Anknüpfung	985

§ 59. Internationale gerichtliche Zuständigkeit

A. Die Shevill-Entscheidung des EuGH	987
I. Sachverhalt	987
II. Vorlagefragen	988
B. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	989
I. Grundsachverhalte und internationale Regelungen	989
II. Kein Einfluss der Rom-II-Verordnung	991
III. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	991
IV. Internationale Zuständigkeit als Prozessvoraussetzung	992
V. Methodik des Vorgehens	993
VI. Wesentlich Interessenlagen im Bereich der internationalen Zuständigkeit	993
1. Favor actoris	993
2. Gleichauf	994
3. Nähe zum Sachverhalt	994
4. Schutz anderer Verfahrensbeteiligter	994
5. Konzentration/Konnexität	994
6. Wirksamkeit	994
7. Kein „forum shopping“	995
C. Rein innerdeutsche Streitigkeiten wegen Verletzung von Persönlichkeitsrechten	995
D. Rechtsstreitigkeiten im Anwendungsbereich der EuGVVO	995
I. Anwendungsbereich von Art. 2 EuGVVO	996
II. Anwendungsbereich von Art. 5 EuGVVO	997
1. Voraussetzungen von Art. 5 Nr. 3 EuGVVO	997
2. Grundsätzliche Wirkung der Anwendung	999
3. Einzelheiten der Wirkung	1000
4. Einschränkung der Anwendung	1002
III. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	1002
1. Anforderungen an den Vortrag	1002
2. Mehrere Verfahren	1003
3. Anspruchskonkurrenz	1003
4. Mehrere Beklagte	1004
5. Eilverfahren	1004
6. Vorlage an den EuGH	1004
E. Rechtsstreitigkeiten im Anwendungsbereich von Art. 5 Nr. 3 EuGVÜ und LGVÜ	1005
I. Grundlagen	1005
II. Zuständigkeitsfragen in anderen Ländern	1005
III. Keine Vorlage an den EuGH zur Auslegung des LGVÜ	1005

§ 60. Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet

A. Grundsätzliches zum Persönlichkeitsschutz gegenüber Äußerungen im Internet.	1007
I. Neuregelung des Internetrechts durch das TMG.	1007
II. Begriff der Telemedien	1008
III. Begriffe „Diensteanbieter“ und „Provider“	1008
IV. Verantwortlichkeiten	1009
1. Unterlassungsansprüche	1009
2. Betreiber von Foren und Suchmaschinen, Linkhaftung.	1009
B. Bedeutung der Besonderheiten des Mediums „Internet“ für den Persönlichkeitsschutz	1009
C. Grundrechtliche Besonderheiten des Persönlichkeitsrechtsschutzes im Internet	1011
I. Meinungsfreiheit	1011
II. Rundfunkfreiheit	1012
III. Träger der Grundrechte aus Art. 5 GG	1012
IV. Internationaler Anwendungsbereich von Art. 5 GG.	1012
D. Einfluss des Europarechts auf den Persönlichkeitsschutz im Internet	1013
I. Besonderheiten nach Art. 10 EMRK	1013
1. Subjektiver Anwendungsbereich von Art. 10 EMRK	1013
2. Einschränkungsmöglichkeiten von Art. 10 EMRK	1013
3. Verhältnis von Art. 5 GG und Art. 10 EMRK	1013
II. Wirtschaftsrecht der EU.	1014
III. Die E-Commerce-Richtlinie	1014
IV. Die Rom-II-Verordnung	1015
E. Internationales Privatrecht zum Persönlichkeitsschutz im Internet	1015
I. Grundsätzliche Ausgangslage.	1015
II. Anwendbares Recht bei Rechtsstreit in Deutschland	1016
F. Grundfragen des Persönlichkeitsschutzes im Internet.	1016
I. Bestimmung des Aussagegehalts von Äußerungen im Internet	1017
1. Grundsätzliche Ausgangslage	1017
2. Aussagegehalt speziell von Internetäußerungen	1017
3. Konkrete Umstände des Einzelfalls.	1018
4. Weitere Besonderheiten bei der Interpretation von Onlineäußerungen	1018
II. Abgrenzung von Tatsachenbehauptungen und Meinungsäußerungen im Internet	1019
1. Beweiszugänglichkeitstheorie	1019
2. Übersetzungsprobleme als Interpretationsfragen	1019
III. Beurteilung der Rechtswidrigkeit von Äußerungen im Internet	1020
1. Sonderregelungen im allgemeinen Recht	1020
2. Grundsätzliche Darstellung	1020
a) Tatsachenbehauptungen.	1020
b) Meinungsäußerungen/Werturteile	1021
3. Online-Anprangerung	1021
4. Angabe tatsächlicher Grundlagen für Meinungsäußerungen im Onlinebereich	1022
5. Disclaimer	1022
6. Veröffentlichung von Bildnissen im Onlinebereich	1023
a) Rechtlicher Ansatzpunkt	1023
b) Intimsphäre	1023
c) Konkludentes Verhalten.	1024
d) Begriff der „Verbreitung“	1024
IV. Sorgfaltspflichten im Onlinebereich	1024
1. Bedeutung der Sorgfaltspflichten.	1024
2. Die Regelung in § 54 Abs. 2 RStV	1024
V. Verschulden als Haftungsvoraussetzung bei Onlinehaftung.	1025
1. Grundsätzliche Ausgangslage	1025
2. Internetbereich.	1025
G. Zivilprozess um Fragen des Persönlichkeitsschutzes im Internet	1026
I. Internationale Zuständigkeit	1026
II. Einschränkungen bei der Tenorierung	1026

22. Kapitel. Völker- und europarechtliche Grundlagen

§ 61. Völkerrecht

A. Schutz des Privatlebens durch die wichtigsten Menschenrechtsverträge	1030
B. Europäische Menschenrechtskonvention.	1031
I. Rechtsgrundlagen	1031
1. Schutz des Privatlebens durch Art. 8 EMRK.	1031
a) Schutzbereich	1031
b) Schutzrichtung	1033
c) Schrankenvorbehalt des Art. 8 Abs. 2 EMRK	1033
aa) Gesetzliche Grundlage.	1033
bb) Legitimes Ziel.	1033
cc) Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft.	1034
2. Schutz der Meinungsfreiheit durch Art. 10 EMRK	1034
a) Schutzbereich	1034
b) Schrankenvorbehalt des Art. 10 Abs. 2 EMRK	1035
aa) Gesetzliche Grundlage.	1035
bb) Legitimes Ziel.	1036
cc) Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	1036
II. Persönlichkeitsschutz und Meinungsäußerungsfreiheit in der Rechtsprechung des EGMR	1036
1. Berichterstattung über Personen des öffentlichen Lebens	1037
a) Gesellschaftliche Position und Funktion	1037
b) Beitrag zu einer öffentlichen Diskussion von allgemeinem Interesse	1038
c) Zusätzliche Kriterien bei der Bildberichterstattung	1039
d) Weitere Kriterien	1040
e) Beispiele aus der Rechtsprechung	1041
aa) Politiker: Die Entscheidungen <i>Schüssel</i> , <i>Plon</i> und <i>Tammer</i>	1041
bb) Unternehmer: <i>Verlagsgruppe News GmbH</i>	1041
cc) Prominente Privatpersonen: <i>Caroline von Monaco</i>	1041
2. Abbildungen von Opfern von Gewalttaten.	1044
3. Schutz der persönlichen Ehre.	1045
4. Satire und Parodie	1046
C. Wirkungen der EMRK im deutschen Recht	1046
I. Die EMRK im Rang eines Bundesgesetzes	1046
II. Pflicht zur Berücksichtigung der EMRK bei der Auslegung	1047
1. Grundsatz der konventionsfreundlichen Auslegung	1047
2. Berücksichtigung von EGMR-Entscheidungen in anderen Verfahren	1048
3. Einschränkungen	1048
a) Mehrpolige Grundrechtsverhältnisse.	1049
b) Kasuistisch geprägte Teilrechtssysteme	1049
III. Korrektur rechtskräftiger Entscheidungen deutscher Gerichte	1050
IV. Das Spannungsverhältnis zwischen den Entscheidungen des EGMR und des BVerfG	1050

§ 62. Recht der Europäischen Union

A. Schutz des Privatlebens durch die Unionsgrundrechte	1052
I. Grundlagen	1052
II. Schutz des Privatlebens durch Unionsgrundrechte	1054
III. Schutz des Privatlebens durch die Grundrechte-Charta	1054
B. Schutz von Persönlichkeitsrechten durch das Sekundärrecht	1055
C. Nationale Persönlichkeitsrechte im Konflikt mit Art. 28, 30 EG	1055
I. Problemstellung	1055
II. Vereinbarkeit mit der Freiheit des Warenverkehrs	1055
1. Art. 28 EG	1055
2. Rechtfertigung einer Beschränkung	1056
D. Perspektiven einer Harmonisierung	1057

10. Teil. Persönlichkeitsschutz in ausländischen Rechtsordnungen

23. Kapitel. Europäische Länder

§ 63. Frankreich

A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1060
B. Ausprägungen des Persönlichkeitsrechts	1061
I. Das Recht auf Achtung des Privatlebens	1061
II. Das Recht auf Achtung der strafrechtlichen Unschuldsvermutung	1062
III. Das Recht am eigenen Bild	1063
IV. Das Namensrecht	1063
V. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	1064
VI. Sonstige Aspekte der Persönlichkeit	1065
VII. Ehrschutz	1065
C. Grenzen des Persönlichkeitsschutzes durch Meinungs-, Presse und Kommunikations- freiheit sowie das Recht auf Information	1066
I. Grenzen des Rechts auf Achtung des Privatlebens	1067
II. Grenzen des Rechts am eigenen Bild	1068
III. Grenzen des Ehrschutzes	1070
D. Das Subjekt des Persönlichkeitsrechts	1070
E. Das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr	1071
I. Vertragliche Vereinbarungen	1071
II. Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte	1072
F. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts und verfahrensrechtliche Fragen	1074
I. Überblick über das Sanktionssystem	1074
II. Zivilrechtliche Rechtsfolgen	1074
1. Die Unterlassungsklage	1075
2. Beseitigungsmaßnahmen	1076
3. Die Schadensersatzklage	1076
III. Verfahrensrechtliche Fragen	1078
1. Einstweiliger Rechtsschutz	1078
2. Hauptsacheverfahren	1079

§ 64. Persönlichkeitsschutz in Großbritannien (England und Wales)

A. Einleitung	1082
I. Allgemeines; Fehlen eines allgemeinen Persönlichkeitsrechts	1082
II. Überblick über die Rechtssystematik; Rechtsquellen und Klagearten	1082
III. Abwägung mit der Presse- und Informationsfreiheit; Selbstregulierung der Presse und des Rundfunks	1083
B. Persönlichkeitsschutz im Human Rights Act 1998	1083
C. Durchsetzung und Prozessuale Aspekte	1084
I. Zuständigkeit und Rechtsweg	1084
II. Einstweiliger Rechtsschutz; Unterlassung	1084
III. Damages (Schadenersatz)	1085
IV. Verjährung	1085
D. Allgemeiner Ehrenschutz: Defamation	1085
I. Auslegung des Begriffs ‚defamatory‘	1085
II. Hinreichende Identifizierbarkeit	1085
III. Veröffentlichung und Haftung Dritter	1085
IV. Rechtfertigung	1086
V. Rechtsfolgen	1086
VI. Prozessuales	1086
E. Persönlichkeitsschutz im Gesetzesrecht	1086
I. Schutz personenbezogener Daten	1087
II. Urheber- und Erfinderrecht	1087

1. Besondere Persönlichkeitsrechte (Moral Rights)	1087
2. Indirekte Abwehrrechte: Schutz durch das Copyright	1087
3. Bildnisschutz gem. Sec. 85 CDPA 1988	1088
III. Markenrecht	1088
1. Eintragungsfähigkeit: allgemeine Voraussetzungen	1089
2. Unterscheidungskraft	1089
3. Rechtsverletzung	1089
4. Rechtsfolgen	1090
F. Allgemeiner Persönlichkeitsschutz im Common Law	1090
I. Passing Off	1090
1. Allgemeine Voraussetzungen	1090
2. Herkunftstäuschung und Persönlichkeitsrechte	1091
a) Merchandising	1091
b) Endorsement	1092
3. Rechtsfolgen	1093
II. Persönlichkeitsschutz und Breach of Confidence	1093
1. Allgemeines	1094
2. Persönlichkeitsschutz und Breach und Confidence	1094
a) Charakter der Information	1094
b) Schutz der Privatsphäre	1095
c) Geheimhaltungspflicht und Vertrauensbeziehung	1096
3. Gegenläufige Interessen: Der 'public interest'-Einwand	1098
4. Rechtsfolgen	1099

§ 65. Österreich

A. Grundlagen der Persönlichkeitsrechte	1101
B. Die Ausprägungen der Persönlichkeitsrechte	1103
I. Der Schutz der Privat- und Geheimsphäre	1103
1. Schutzbereich des Persönlichkeitsrechts	1103
2. Ersatz des materiellen und immateriellen Schadens	1104
II. Der Schutz der Ehre und des wirtschaftlichen Rufes	1105
III. Der Namensschutz	1107
IV. Das Recht am eigenen Bild	1109
V. Der Schutz sonstiger Persönlichkeitsrechte	1110
1. Der Datenschutz	1110
2. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	1111
VI. Der Schutz der Persönlichkeit durch das MedienG	1111
1. Der Ehrensatz nach § 6 MedienG	1111
2. Der Schutz der Privatsphäre nach § 7 MedienG	1112
3. Der Schutz vor Bekanntgabe der Identität nach § 7a MedienG	1113
4. Rechtsfolgen	1113

§ 66. Polen

A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1117
I. Normative Grundlagen	1117
II. Das Modell des Persönlichkeitsschutzes	1118
1. Theoretische Grundlagen des Persönlichkeitsschutzes	1118
2. Absolute Rechte	1119
3. Anerkennung 'neuer' Persönlichkeitsgüter	1119
4. Postmortaler Schutz von Persönlichkeitsrechten	1120
5. Abweichungen im Urheberrecht	1120
III. Die Voraussetzungen der klagbaren Verletzung	1120
1. Verletzung	1121
2. Rechtswidrigkeit	1121
3. Verschulden	1121
B. Die wichtigsten einzelnen Persönlichkeitsgüter	1122
I. Gesundheit, Körperintegrität	1122
II. Ehre, Reputation	1122

III. Name	1123
IV. Bild	1123
V. Privatheit	1124
C. Rechtswidrigkeit der Verletzung und gegenläufige Interessen	1125
I. Gesetzliche Anerkennung von gegenläufigen Interessen	1125
II. Einwilligung	1125
III. Schutz von gewichtigen öffentlichen oder privaten Interessen	1126
D. Persönlichkeitsrechte und juristische Personen	1127
E. Kommerzialisierung von Persönlichkeitsrechten	1128
F. Rechtsfolgen der Verletzung	1128
I. Zivilrechtliche Ansprüche.	1128
1. Unterlassungsanspruch	1128
2. Beseitigungsanspruch.	1128
3. Genugtuung/Schmerzensgeld.	1129
4. Schadenersatz	1130
II. Presserecht.	1130

§ 67. Schweiz

A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1132
B. Umfang des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	1134
I. Schutzobjekt	1134
II. Grenzen des Persönlichkeitsrechts	1135
C. Die Ausprägungen des Persönlichkeitsrechts	1136
I. Das Namensrecht.	1136
1. Das Recht am eigenen Namen nach Art. 29 ZGB	1136
2. Das Recht am eigenen Namen nach Art. 28 ZGB	1137
II. Das Recht am eigenen Bild	1137
III. Der Schutz der Ehre	1138
IV. Der Schutz der Privatsphäre	1140
V. Der Schutz der wirtschaftlichen Betätigung	1141
VI. Der Schutz sonstiger Persönlichkeitsrechte.	1142
1. Der Datenschutz.	1142
2. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	1143
D. Grenzen des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	1144
I. Die Widerrechtlichkeit des Eingriffs	1144
II. Einwilligung des Rechtsträgers und überwiegendes privates Interesse.	1144
III. Überwiegendes öffentliches Interesse bei Eingriffen durch die Medien	1146
1. Eingriffe bei absoluten und relativen „Personen der Zeitgeschichte“	1147
2. Das Informationsinteresse der Öffentlichkeit	1148
E. Die Adressaten des Persönlichkeitsrechts	1149
I. Berechtigter aus einer Verletzung	1149
1. Aktivlegitimation	1149
2. Postmortaler Persönlichkeitsschutz.	1149
II. Haftung für eine Verletzung	1150
F. Übertragbarkeit persönlichkeitsrechtlicher Befugnisse.	1150
G. Ansprüche und Rechtsbehelfe bei Verletzungen der Persönlichkeit	1151
I. Ansprüche auf Schadenersatz und Genugtuung	1151
II. Die Unterlassungs-, Beseitigungs- und Feststellungsansprüche	1153
III. Die vorsorglichen Maßnahmen	1153
IV. Das Gegendarstellungsrecht	1154

§ 68. Spanien

A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1156
I. Historische Grundlagen	1156
II. Die Verfassung von 1978	1156
III. Das Organgesetz 1/1982	1157
B. Ausprägungen des Persönlichkeitsrechts	1158
I. Das Recht auf Ehre	1158

II. Das Recht auf die Privatsphäre	1158
III. Das Recht am eigenen Bild	1160
IV. Das Namensrecht	1160
V. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	1160
VI. Sonstige Aspekte der Persönlichkeit	1161
C. Grenzen des Persönlichkeitsschutzes	1161
I. Begrenzung durch das Organgesetz 1/1982	1161
II. Begrenzung durch Meinungs-, Presse und Kommunikationsfreiheit	1162
D. Das Subjekt des Persönlichkeitsrechts	1165
E. Das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr	1166
I. Vertragliche Vereinbarungen	1166
II. Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte	1167
F. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts und verfahrensrechtliche Fragen	1168
I. Überblick über das Sanktionssystem	1168
II. Zivilrechtliche Rechtsfolgen	1169
1. Der Unterlassungsanspruch	1169
2. Der Schadensersatzanspruch	1170
III. Verfahrensrechtliche Fragen	1171
1. Einstweiliger Rechtsschutz	1171
2. Hauptsacheverfahren	1171

24. Kapitel. USA

§ 69. Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

A. Einleitung	1175
B. Das Right of Privacy	1176
I. Die Entstehungsgeschichte	1176
1. Der Aufsatz von Warren und Brandeis	1176
2. Die Reaktion der Rechtsprechung	1176
II. Inhalt und Grenzen	1177
1. Die Fallgruppenbildung durch Prosser	1177
2. Die Begrenzung des Right of Privacy durch das „Right of Free Speech“	1179
III. Rechtsnatur – Unübertragbarkeit – Unvererblichkeit	1180
C. Das Right of Publicity	1180
I. Die Entstehungsgeschichte	1180
1. Charakterisierung des Right of Privacy	1180
2. Gründe für die Entstehung des Right of Privacy	1181
a) Schutzzweck des Right of Privacy	1181
b) Fehlender Schutz materieller Interessen	1182
c) Höchstpersönlichkeit des Right of Privacy	1183
d) Die Anerkennung des Right of Publicity durch die „Healen“-Entscheidung	1183
e) Die Rezeption des Right of Publicity	1184
II. Inhalt und Grenzen des Right of Publicity	1185
1. Der Kreis der Rechtsinhaber	1185
a) Prominente	1185
b) Nicht-Prominente	1185
2. Gegenstand des Schutzes	1186
a) Bildnis und Name	1186
b) Andere Identitätsmerkmale	1186
c) Gegenstand	1187
3. Die Begrenzung des Right of Publicity durch das „Right of Free Speech“	1187
a) Werbung	1187
b) Medienprivileg	1188
c) Biografische Darstellungen	1188
III. Die Übertragbarkeit und Vererblichkeit des Right of Publicity	1190
1. Übertragbarkeit	1190
2. Vererblichkeit	1191
a) Ableitung von Vererblichkeit aus der eigentumsrechtlichen Natur	1191

Inhaltsverzeichnis

b) Ablehnung der Vererblichkeit	1192
c) Erfordernis lebzeitiger Verwertung	1192
d) Die Anerkennung der Vererblichkeit	1193
e) Schutzdauer	1194
D. Rechtsfolgen	1195
I. Rechtsfolgen der Verletzungen des Right of Privacy	1195
II. Rechtsfolgen der Verletzung des Right of Publicity	1196
1. Schadensersatz	1196
a) Voraussetzungen der Haftung	1196
b) Inhalt und Umfang der Haftung	1197
2. Unterlassung	1201
Sachregister	1203